

In dieser Ausgabe der AGRAR-HINWEISE u.a.:

- Hektarprämien für Bauernhöfe + Tierwohl- und Umweltprämien für Agrarwende
- Ost-Agrarfabriken verdrängen westdeutsche bäuerliche Sauenbetriebe
- Bürokratie-Debatte
- Landwirtschaft in Nord- und Südkorea
- Widerstand und Klagen gegen Agrarfabriken
- Leiharbeit, Nitrat
- Umstrittene Äußerungen des nds. Kammerberaters Dr. Hortmann-Scholten
- Zwangsarbeit auf brasilianischer VW-Farm
- Fipronil und die Betriebsgrößenfrage
- Agrifirm ist dann mal weg
- Tragische Entwicklung bei der „Doppelkorn“-Bäckerei
- Neonic in Böden und Folgekulturen – erste Reaktion des IfZ
- Zweimaliger Ochsen-Wolfsriss in MV
- Vegan-Eis bei Aldi
- 25.000-Kühe-Farm in Katar – und weitere Gigantomanie-Beispiele

**Mit freundlichen Grüßen**

**Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)**

**Landesverband Niedersachsen/Bremen e.V. – Pressesprecher:**

**Eckehard Niemann, Varendorfer Str. 24, 29553 Bienenbüttel**

**0151-11201634 – [eckehard.niemann@freenet.de](mailto:eckehard.niemann@freenet.de)**

**Newsletter „Agrar-Hinweise“ – 12.8.2017**

**vorherige Ausgaben auf der Internetseite <http://www.abl-niedersachsen.de/>**

**Pressemitteilung:**

**AbL-Forderungen zur EU-Agrarpolitik:**

**Hektarprämien zur Sicherung bäuerlicher Strukturen und Tierwohl- und Umweltprämien für eine rasche Tierwohl – und Umwelt-Agrarwende**

Mit Bezug auf Forderungen, die EU-Direktzahlungen (Prämien pro Hektar) abzuschaffen, fordert der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) eine Beachtung der Bedeutung dieser Zahlungen für den Erhalt einer bäuerlichen Landwirtschaft und von „Bauernhöfen statt Agrarfabriken“: Es gebe viele gute Gründe dafür, diese Zahlungen der „Ersten Säule“ der EU-Agrarförderung beizubehalten - wenn auch mit Staffelungen und höheren Hektar-Prämien zugunsten kleiner und mittlerer Betriebe und mit einer Kappungs-Obergrenze der betrieblichen Fördersummen gegenüber gesellschaftlich unerwünschten agrarindustriellen Großbetrieben (z.B. mit mehr als 500 Hektar).

Dadurch ließen sich laut AbL unerwünschte und gesellschaftsschädliche Ergebnisse von rein marktwirtschaftlich-neoliberalen Prozessen politisch wirksam korrigieren – zu Lasten von Agrarfabriken und zugunsten von mittelständisch bäuerlichen Strukturen als sozioökonomischer Grundlage lebendiger ländlicher Strukturen, einer vielfältigen Agrarstruktur und einer artgerechteren Tierhaltung. Insofern sei dies alles andere als eine „Sozialpolitik“, sondern vielmehr eine zukunftsorientierte Strukturpolitik für eine gesellschaftlich akzeptierte und gesellschaftsdienliche bäuerliche Landwirtschaft.

Zudem, so AbL-Vertreter Eckehard Niemann, seien die Direktzahlungen zu einem Gutteil ein Ersatz für den mittlerweile fehlenden Außenschutz gegenüber Dumping-Importen aus Drittländern, die ohne die kostenträchtigen Umwelt- und Tierschutzaufgaben der EU zustande kämen. Allerdings, so die AbL, sei bei der EU-Agrarreform ab 2020 eine gewisse Übertragung dieser Hektarprämien der „Ersten Säule“ in die „Zweite Säule“ nötig, um bestimmte Sonder-Leistungen von Landwirten für Umwelt, Tierwohl oder ländliche Regionen stärker und umfangreicher zu entgelten.

Eine Kürzung des EU-Agrarbudgets lehnt die AbL vehement ab – es seien vielmehr zusätzliche Mittel erforderlich, um die gesellschaftlich immer stärker eingeforderte Agrarwende wirklich umzusetzen - mit einem Tierwohl- Umbauprogramm, einem „integrierten konventionellen Ackerbau“ mit deutlich reduziertem Pestizid-Einsatz und einem bäuerlich-ökologischen Landbau. 2.396 Zeichen – 12.8.2017

### **LINKs:**

#### **TOP AGRAR :Häusling und Habeck für Abschaffung der Direktzahlungen**

07.08.2017 - Agra Europe

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Haeusling-und-Habeck-fuer-Abschaffung-der-Direktzahlungen-8432391.html>

[http://www.abl-ev.de/apendix/news/details/?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=1440&cHash=ae49ed84c0d28671ded1a6bce1839bf1](http://www.abl-ev.de/apendix/news/details/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=1440&cHash=ae49ed84c0d28671ded1a6bce1839bf1)

### **Pressemitteilung**

#### **AbL: Dramatische Verdrängung mittelständisch-bäuerlicher Schweinehalter durch ostdeutsche Agrarindustrie-Strukturen**

- Besorgniserregende Daten des Statistischen Bundesamt zum Vordringen der Agrarindustrie, vor allem in Ostdeutschland
- Wenige Agrarindustrie-Betriebe halten bereits 40 % aller Sauen und 20% der Mastschweine
- AbL fordert Umsetzung der EU-Schweinehaltungs-Vorgaben, Tierwohl-Umbauprogramme und faire Erzeugerpreise für „Klasse statt Masse“ in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen

Auf die dramatische Verdrängung bäuerlicher Sauenhaltungs-Betriebe, vor allem in den westdeutschen Bundesländern, durch ostdeutsche Sauen-Agrarfabriken verweist der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Der AbL-Agrarindustrie-Experte Eckehard Niemann bezieht sich dabei auf den aktuellen Viehbestands-Vorbericht des Statistischen Bundesamt (Destatis). Die Schweinehaltung gerate, vor allem in den durch die DDR-Landwirtschaft geschaffenen Strukturen, in die Hände von Schweine-Konzernen und LPG-Nachfolge-Unternehmen. Die agrarindustrielle Verdrängung mittelständisch-bäuerlicher Betriebe mache ein Vielfaches der vom Bauernverband immer wieder einseitig beklagten Ferkel-Importe aus den Niederlanden und Dänemark aus. Bauernverbandsspitze und Schweinehalterverbände dürften diese agrarindustrielle Verdrängung von Bauernhöfen durch Agrarfabriken nicht länger totschweigen.

Laut Destatis, so die AbL, würden aktuell bereits 41% der deutschen 1,9 Millionen Zuchtsauen-Muttertiere in Beständen mit mehr als 500 Sauen-Plätzen gehalten, und zwar von 700 Großbetrieben (8% der insgesamt 8.400 Sauenhaltungs-Betriebe). Dieser Konkurrenz auf dem Sauen- bzw. Ferkelmarkt fielen allein im letzten Jahr weitere 700 Betriebe zum Opfer, wobei Destatis feststelle: „Fast der gesamte Rückgang bei den Zuchtschweine haltenden Betrieben entfiel hierbei auf die alten Bundesländer“ (in denen es laut AbL bis auf wenige Intensiv-Regionen noch relativ wenig agrarindustrielle Strukturen der Sauenhaltung gibt). Auch in der Mastschweinehaltung gebe es diese agrarindustrielle Verdrängung, allerdings bislang in geringerem Umfang: Dort würden die 700 Agrarindustrie-Groß-Anlagen (3,5% der 20 Millionen Mastschweine-Ställe in Deutschland) mit jeweils mehr als 2.000 Mastschweinen bisher erst 20% der Mastschweine halten.

Die AbL verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass sowohl das Bundes-Immissionsschutz-Gesetz als auch das Baugesetzbuch bei Anlagen mit mehr als 560 Sauenplätzen oder 1.500 Schweinemastplätzen von Risiken für Umwelt und Anwohner ausgehen würden. Das Baugesetzbuch gebe den Gemeinden deshalb - zumindest bei gewerblich-flächenknappen Betrieben - ein Vetorecht gegen entsprechende Bauanträge. Gegen derartige Bauanträge gebe es bundesweit massive Proteste vor Ort und einen oft auch erfolgreichen Widerstand von Bürgerinitiativen des Netzwerks „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“. Das nütze bäuerlichen Betrieben und hemme die Agrarindustrialisierung der Schweinehaltung und die ruinöse Überproduktion, Das gelte auch für die Filtererlasse einiger Länder (Niedersachsen, NRW oder Schleswig-Holstein, Thüringen mit einer Filter-Einbaupflicht für Betriebe mit mehr als 750 Sauen- oder 2.000 Mastplätzen. Es liege deshalb im dringenden Interesse vom Umwelt, Anwohnern und den allermeisten westdeutschen Schweinehaltern, dass solche Filtererlasse für Neu- und Bestandsanlagen endlich in allen Bundesländern bzw. bundesweit gelten würden und so die Wettbewerbsverzerrung zugunsten ostdeutscher Agrarindustrie rasch beseitigten. Die AbL fordert, das von Bundesbauministerin Hendricks vorgeschlagene Vetorecht der Gemeinden gegen sämtliche Tierhaltungs-Großanlagen endlich gesetzlich zu verankern.

Die AbL verweist zudem besorgt darauf, dass die bäuerliche Betriebe mit weniger als 100 Sauen zwar noch 40% der Sauenhaltungs-Betriebe ausmachten, aber nur noch 8% der Sauen hielten. Größere mittelständisch-bäuerliche Betriebe mit immerhin 100 bis 500 Sauen machten immer noch weitere 51 % der Betriebe aus, aber leider nur noch mit 50% des deutschen Sauenbestands. Es gelte, die Existenz genau dieser

Betriebe zu verteidigen, die zumeist familiengeführt seien und wegen ihrer Größe und Flächenbindung die anstehenden Tierwohl-Anforderungen (mit eigeninteressiertem Management und Aussenklimaställen mit Stroheinstreu) viel eher erfüllen könnten als Agrarfabriken mit schlecht bezahlten Lohnarbeitskräften.

Die EU-Schweinehaltungs-Richtlinie und die Vorgaben für eine Sauen-Gruppenhaltung ohne Kastenstände, so die AbL, müssten endlich in allen EU-Ländern umgesetzt werden – verbunden mit einem begleitenden und ausreichend finanzierten Umbauprogramm für mittelständisch-bäuerliche Strukturen. Das mit diesen EU-weiten Tierwohl-Vorgaben verbundene höhere Platzangebot für Schweine und der damit automatisch verbundene Abbau der ruinösen Überschuss-Produktion würde – nach der Umbau-Förderung - für überproportional steigende Erzeugerpreise sorgen (wegen des agrarökonomisch bekannten Effekts einer nur begrenzten Preis-Elastizität der mengenmäßigen Nachfrage). Somit würden nicht nur die Zusatzkosten einer artgerechteren Tierhaltung gedeckt, sondern endlich auch gewinnbringende und faire Erzeugerpreise für „Klasse statt Masse“ strukturell gesichert.

Die AbL fordert die Bundesregierung deshalb auf, endlich den Vorschlag des Wissenschaftlichen Beirats des Agrarministeriums zu folgen, durch eine trilaterale Vereinbarung der Haupt-Schweinehaltungs-Länder Deutschland, Dänemark und Niederlande eine EU-weite Initiative für eine tierwohl-gerechte Tierhaltung in mittelständisch-bäuerlichen Strukturen auf den Weg zu bringen. In Ostdeutschland stehe nach einer jahrzehntelangen Festigung und Förderung agrarindustrieller LPG-Nachfolge-Strukturen nun endlich eine Agrarwende an – mit einem Umbau von Agrarfabriken zu Bauernhöfen und mit einem Ende der systematischen Benachteiligung von bäuerlichen Wiedereinrichtern, Neueinrichtern, Alteigentümern und Existenzgründern. 6.055 Zeichen – 11.8.2017

#### **LINK zum aktuellen Destatis-Bericht:**

[https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/ViehbestandTierischeErzeugung/Viehbestand2030410175314.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/LandForstwirtschaft/ViehbestandTierischeErzeugung/Viehbestand2030410175314.pdf?__blob=publicationFile)

#### **WEITERE INFORMATIONEN:**

<http://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2010/Niemann.pdf>

[http://www.abl-niedersachsen.de/fileadmin/Dokumente/AbL-Niedersachsen/Pressemeldungen/PM - AbL unterst%C3%BCtzt Greenpeace-Rechtsgutachten\\_zur\\_Durchsetzung\\_einer\\_artgerechteren\\_Mastschweinehaltung.pdf](http://www.abl-niedersachsen.de/fileadmin/Dokumente/AbL-Niedersachsen/Pressemeldungen/PM - AbL unterst%C3%BCtzt Greenpeace-Rechtsgutachten_zur_Durchsetzung_einer_artgerechteren_Mastschweinehaltung.pdf)

[http://www.abl-niedersachsen.de/fileadmin/Dokumente/AbL-Niedersachsen/Pressemeldungen/2016-08-08\\_AbL\\_fordert\\_Bundes-Tierschutzplan\\_.pdf](http://www.abl-niedersachsen.de/fileadmin/Dokumente/AbL-Niedersachsen/Pressemeldungen/2016-08-08_AbL_fordert_Bundes-Tierschutzplan_.pdf)

[http://www.abl-niedersachsen.de/fileadmin/Dokumente/AbL-Niedersachsen/Pressemeldungen/Meldungen\\_u%CC%88ber\\_Straathof-Ru%CC%88ckzug\\_.pdf](http://www.abl-niedersachsen.de/fileadmin/Dokumente/AbL-Niedersachsen/Pressemeldungen/Meldungen_u%CC%88ber_Straathof-Ru%CC%88ckzug_.pdf)

[Tierwohl - auch eine Frage der Bestandsgröße - Kritischer Agrarbericht, 2016  
Faktenpapier Schweinehaltung - Zusammenstellung diverser Artikel, Bauernhöfe statt  
Agrarfabriken, 2014](#)

[http://www.abl-niedersachsen.de/fileadmin/Dokumente/AbL-Niedersachsen/Pressemeldungen/Baugesetzbuch-L%C3%BCcken\\_f%C3%BCr\\_Gro%C3%9F-Tierhaltungsanlagen\\_endlich\\_schlie%C3%9Fen.pdf](http://www.abl-niedersachsen.de/fileadmin/Dokumente/AbL-Niedersachsen/Pressemeldungen/Baugesetzbuch-L%C3%BCcken_f%C3%BCr_Gro%C3%9F-Tierhaltungsanlagen_endlich_schlie%C3%9Fen.pdf)

[Faktenpapier Schweinehaltung - Zusammenstellung diverser Artikel, Bauernhöfe statt  
Agrarfabriken, 2014](#)

**DBV-PRESSEMELDUNGEN | 10.08.2017**

## **DBV: Landwirte müssen deutlich mehr Zeit für Bürokratie aufwenden**

Tierhalter im Monat vier Stunden länger am Schreibtisch als noch 2014  
Landwirte müssen immer mehr Zeit an PC und Schreibtisch verbringen, um die Auflagen, Nachweispflichten und Kontrollen in ihren Betrieben zu bewältigen. Dies geht aus einer repräsentativen Umfrage im Rahmen des Konjunkturbarometer Agrar hervor, wie der Deutsche Bauernverband (DBV) mitteilte.

So müssen Landwirte mit Tierhaltung derzeit im Monat rund 32 Stunden aufwenden, um ihre bürokratischen Pflichten zu erfüllen; etwa vier Stunden oder 14 Prozent mehr als noch 2014. Allein für die Registrierung der Nutztiere und die Dokumentation von Tierarzneimitteln sind monatlich gut 12 Stunden „Schreibarbeit“ notwendig. Zugenommen hat auch die geforderte Bürokratie bei Ackerbaubetrieben. Die notwendigen Aufzeichnungen bei der bisherigen Dünge-Verordnung und beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln verlangen von einem durchschnittlichen landwirtschaftlichen Betrieb in Deutschland monatlich gut 8 Stunden Arbeitszeit.

Die Gründe für die relativ starke Zunahme der Büroarbeit der Landwirte in den letzten drei Jahren liegen auch in umfangreicheren Anforderungen bei Antragstellung, Aufzeichnungen und Nachweispflichten der EU-Agrarförderung, einschließlich Cross Compliance. Dafür benötigen die Landwirte heute mehr als 61 Stunden im Jahr, was einem Zeitaufwand von 5,1 Stunden pro Monat entspricht. Vergleichsweise gering fällt dagegen

der Zeitaufwand für Steuererklärungen (2,6 Stunden/Monat) und für die Agrarstatistik/Berufsgenossenschaft (2,1 Stunden/Monat) aus.

Das Konjunktur- und Investitionsbarometer Agrar wird vierteljährlich im Auftrag des DBV, des VDMA Fachverbandes Landtechnik und der Landwirtschaftlichen Rentenbank in einer repräsentativen Umfrage ermittelt. Zur aktuellen Runde im Juni 2017 befragte dazu das Marktforschungsinstitut Produkt + Markt rund 1.000 Landwirte und Lohnunternehmer in ganz Deutschland.

#### **Downloads**

[Grafik zum Zeitaufwand Bürokratie >>](#)

**Kommentar: Der Bauernverband vergisst wieder einmal zu erwähnen, dass ein Großteil der Bürokratie zusammenhängt mit dem vom Bauernverband mitgetragenen QS-System. Das hat – wenn auch sehr höflich – auch Ernst Kettemann vom Verband der Milcherzeuger Bayern in der Bauernverbands-Funktionärs-Zeitung dbk (11/11) wie folgt angemahnt: „Zweifelloos ist Qualitätssicherung gerade auch für uns Landwirte mit Dokumentation und Bürokratie verbunden. Und genau hier sehe ich auch noch Herausforderungen und Verbesserungsbedarf für die Zukunft...“ Dieses QS-Thema fehlte auch bereits in dem Bauernverbands-Schwarzbuch-Bürokratie:**  
[file:///C:/Users/Ecke/Downloads/Schwarzbuch Buerokratie DBV 2006.pdf](file:///C:/Users/Ecke/Downloads/Schwarzbuch_Buerokratie_DBV_2006.pdf)

#### ***Aus: Unabhängige Bauernstimme - Februar 2013:***

#### **Die Landwirtschaft in Nord- und in Süd-Korea**

#### **Lebensmittel-Knappheit im Norden – Importabhängigkeit im Süden**

Nach dem Tod des Diktators Jong Il und dem Machtübergang an seinen jüngsten Sohn Kim Jong Un sind Nordkorea und seine Zukunft wieder einmal im Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit. Wie über das ganze Land, so weiß man über die Landwirtschaft des Landes nur wenig. Infolge von Dürren, Überschwemmungen, Misswirtschaft und der bevorzugten Belieferung des Militärs waren viele der 24 Millionen Einwohner in den letzten Jahrzehnten immer wieder auf internationale Lebensmittelhilfe angewiesen – sofern das Regime diese überhaupt zuließ. (...)

Das auf strikte Abschottung und Unabhängigkeit vom Ausland ausgerichtete Land kann den Nahrungsbedarfs aus seinen 3.900 Produktionsgenossenschaften und Kooperativen sowie einigen Staatsfarmen permanent nicht decken. Das vorrangige Atomprogramm schluckt einen Großteil des Sozialprodukts. Auch wegen der hohen Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Energie importiert das devisenschwache Nordkorea nur relativ wenig Lebensmittel, Saatgut, Dünger sowie Ersatzteile und Treibstoff für die Traktoren. Viele Arbeiten werden von Hand verrichtet.

Laut Welthungerhilfe sind ohnehin nur etwa 20 % der Flächen des bergigen und schwer zugänglichen Landes agrarisch nutzbar. Dies sind vor allem die Schwemmlandebenen der Flüsse im Westen. Die Winter sind meist hart und trocken, die feuchtheißen Sommer oft von längeren Dürreperioden und Überschwemmungen geprägt. Dies erschwert den Anbau der Hauptbodenfrüchte Nassreis, Mais und Gemüse. In den trockeneren Hügelländern werden auch Sojabohnen, Sesam, Tabak und Ginseng angebaut. Die kleinen Privatgärten und privaten Märkte (die zeitweise wieder geschlossen wurden) sichern einen Teil der Ernährung, selbst die Haltung von Tauben und anderem Kleinvieh auf den Balkonen der Hochhäuser. Die Welthungerhilfe unterstützt derzeit den Bau einer Saatgut-Reinigungsanlage und von 30 kleinen Gewächshäusern in den Städten Pyongyang und Sunchon sowie den Anbau von Nahrungsmitteln auf kleinen städtischen Flächen.

Auch der kapitalistische Süden des seit dem Koreakrieg 1953 geteilten Landes ist kein Agrarland. 70 Prozent des Landes sind zu gebirgig für die Landwirtschaft, es regnet bis zu 1500 Millimeter im Jahr, mit Sturzfluten und Erosion im Sommer. Der früher vorherrschende Großgrundbesitz und die in der Zeit der japanischen Besatzung geschaffenen Latifundien wurden 1949 nach dem Vorbild Nordkoreas auch in Südkorea durch eine Landreform zerschlagen. Diese Enteignung der herrschenden Landlord-Klasse, die Zahlungen der Bauern für die ihnen zugeteilten Landflächen (maximal 3 ha) an den Staat und die Freisetzung der Arbeitskräfte aus der Feudalbindung ermöglichten eine rasche Industrialisierung, wobei viele ehemalige entschädigte Feudalherren zu Industriellen wurden. Ein Entwicklungsweg wie in Lateinamerika, mit „Agrarexporten der Großgrundbesitzer, Import von Luxuskonsumgütern und Stagnation der nationalen Industrieproduktion, blieb Südkorea durch diese Landreformen versperrt“ (Dr. Dirk Messner, Agrarreform und Industriegesellschaft in Südkorea, E+Z 11/2002). Gleichzeitig mussten sich die Kleinbauern für die Abzahlung der Bodenkauf-Summe verschulden. Dies und die Festsetzung niedriger Erzeugerpreise (zur Ermöglichung niedriger Industriearbeiter-Löhne) führte zu einer Abwanderungswelle der Landbevölkerung in eine Industriearbeiterschaft mit Niedriglöhnen.

Die Landwirtschaft beschäftigt dennoch immer noch 10 % der Arbeitskräfte – vor allem in den 1 Million Familienbetrieben mit zumeist 2 bis 3 intensiv bewirtschafteten Hektaren. Die Hauptfrucht ist Reis, der künstlich bewässert wird, außerdem Roggen, Weizen, Soja, Kartoffeln, Gemüse und Obst. Wegen des forcierten Strukturwandels und sinkender Agrarpreise (vor allem durch importierte Produkte) kommt es oft zu Protesten der Bauern. Wie der Agrarexperte Wan Bang Yook in der Zeitung BWAgrar berichtete, ist der Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln mittlerweile auf 50 % gesunken. Dies liege auch am Ersatz traditioneller Reis- und Gemüsekost durch westliche Ernährung. Eine fast vollständige Importabhängigkeit gebe es bei Futtergetreide, Soja und Weizen. Die zunehmende Tierhaltung und die damit verbundene Entsorgung der tierischen Exkremente stellen das Land vor große Herausforderungen. Kürzlich war von den Plänen des Industrieunternehmens Hyundai zu lesen, in Russland 50.000 Hektar Mais zu produzieren. Der Versuch, sich in Madagaskar riesige Flächen für die Agrarproduktion zu sichern, scheiterte an den Protesten der dortigen Bevölkerung. –en

<http://www.tagesspiegel.de/politik/duerre-in-nordkorea-viele-raketen-und-noch-mehr-hunger/20093370.html>

[https://de.wikipedia.org/wiki/Landwirtschaft\\_in\\_Nordkorea](https://de.wikipedia.org/wiki/Landwirtschaft_in_Nordkorea)

### [Landwirtschaft in Nordkorea | Nordkorea-Info](https://nordkoreainfo.wordpress.com/tag/landwirtschaft-in-nordkorea/)

<https://nordkoreainfo.wordpress.com/tag/landwirtschaft-in-nordkorea/>  
Beiträge über *Landwirtschaft in Nordkorea* von tobid001.

### [Nordkorea setzt auf mehr Eigeninitiative in der Landwirtschaft - Faz.net](http://www.faz.net)

[www.faz.net](http://www.faz.net) › *Wirtschaft* › *Wirtschaftspolitik*

29.12.2015 - Seit Jahren leiden die Nordkoreaner unter der Nahrungsknappheit und der Wirtschaftsmisere. Doch es gibt ganz kleine Anzeichen des...

### [Bilder zu nordkorealandwirtschaft](#)

### [Landwirtschaft: Nordkoreas Bauern sollen auf Bio-Dünger setzen](http://www.handelsblatt.com)

[www.handelsblatt.com](http://www.handelsblatt.com) › *Unternehmen* › *Handel + Konsumgüter*

04.03.2017 - Weg von Chemie, hin zu weitgehend organischem Dünger: Juche-Jauche soll den nordkoreanischen Böden neues Leben einhauchen.

### [Aus Mangel an Nahrungsmitteln: Nordkorea verordnet Eigeninitiative ...](http://www.n-tv.de)

[www.n-tv.de](http://www.n-tv.de) › *Politik*

29.12.2015 - In *Nordkorea* wurden viele Jahre lang Bäume willkürlich gefällt und zu ... durch das Projekt wird auch die *landwirtschaftliche* Produktion erhöht.

### [Uno-Warnung: Nordkoreas Landwirtschaft durch ... - Spiegel Online](http://www.spiegel.de)

[www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) › *Wirtschaft* › *Staat & Soziales* › *Atomkonflikt mit Nordkorea*

21.07.2017 - Anhaltende Trockenheit hat in *Nordkorea* zu Missernten geführt. Die Vereinten Nationen warnen vor der schwersten Dürre seit 2001.

### [Landwirtschaftliche Tätigkeiten im Winter - Nordkorea-Information](http://www.nordkorea-info.de/landwirtschaftliche-taetigkeiten-im-winter.html)

[www.nordkorea-info.de/landwirtschaftliche-taetigkeiten-im-winter.html](http://www.nordkorea-info.de/landwirtschaftliche-taetigkeiten-im-winter.html)

Anstrengungen der **landwirtschaftlichen** Werktätigen für die Vorbereitung auf den Ackerbau In Korea ist es jetzt Winter. Die Berge und Felder sind mit weißem ...

<http://ukraine-nachrichten.com/suedkorea-will-in-landwirtschaft-investieren-7731/>

## Pressemitteilung

## **BUND NATURSCHUTZ KLAGT GEGEN HÄHNCHENMASTANLAGE IN ESCHELBACH**

Der BUND Naturschutz in Bayern (BN) hat heute vor dem Verwaltungsgericht München gegen die Genehmigung für eine Hähnchenmastanlage mit insgesamt 144.600 Mastplätzen Klage erhoben. Die Anlage soll durch Änderung einer bestehenden Anlage und den Neubau von zwei zusätzlichen Ställen in der Gemarkung Eschelbach im Landkreis Pfaffenhofen entstehen. Dadurch würde eine der größten Hähnchenmastanlagen in Bayern

**geschaffen werden, in der dann pro Jahr über eine Million Hähnchen gemästet werden sollen.**

„Wir sehen erhebliche Gefahren für angrenzende Wälder sowie Geruchsbelästigungen und gesundheitliche Gefahren durch Bioaerosole und multiresistente Keime für die dort wohnende Bevölkerung“, so Peter Rottner, BN Landesgeschäftsführer. „Der BN kritisiert auch den privilegierten Bau der Anlage und den mangelnden Tierschutz“, ergänzt Richard Mergner, BN Landesbeauftragter.

Bemängelt werden vom BN insbesondere handwerkliche Fehler der Immissionsprognose, die zu einer erheblichen Unterschätzung der von der Anlage hervorgerufenen Auswirkungen führen. Diese betreffen nicht nur die Belastung der Bevölkerung mit Bioaerosolen (insbesondere Keime und mutmaßlich MRSA), sondern ebenfalls die von der Anlage ausgehenden Gerüche sowie die Stickstoffbelastung eines unmittelbar angrenzenden Quellwaldes, der ebenfalls dem gesetzlichen Biotopschutz unterliegt. Auch die im Genehmigungsverfahren bejahte landwirtschaftliche Privilegierung der Anlage hält der BN für mehr als fraglich, da die auf den landwirtschaftlichen Flächen erzeugten Rohstoffe vollumfänglich in eine Biogasanlage eingestellt werden und daher nicht zugleich als überwiegende Futtergrundlage für die Hähnchenmastanlage herangezogen werden können. Schließlich ist nach Auffassung des BN die Anlage auch aus tierschutzrechtlichen Gründen kritisch zu bewerten, da die genehmigte Besatzdichte mit 39 kg/m<sup>2</sup> deutlich oberhalb der in der Fachliteratur benannten Grenze liegt, die das Ausüben der artspezifischen Grundbedürfnisse (noch) einschränkungslos ermöglichen würde.

Für Rückfragen:

Marion Ruppenner, BN-Agrarreferentin, [marion.ruppenner@bund-naturschutz.de](mailto:marion.ruppenner@bund-naturschutz.de); Tel. 09 11/81 87 8-20;

Dr. Christine Margraf, BN-Regionalreferentin für Südbayern;  
christine.margraf@bund-naturschutz.de; Tel.: 089 / 54 82 98 63

**BUND Naturschutz in Bayern e.V.**

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-21 oder 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

[landwirtschaft-wald@bund-naturschutz.de](mailto:landwirtschaft-wald@bund-naturschutz.de)

[www.bund-naturschutz.de](http://www.bund-naturschutz.de)

**HAZ – 10.8.2017**

**Pattensen-Mitte**

**An Thema Massentierhaltung muss EU ran**

Die Bürgerinitiative (BI) Pattensen gegen Massentierhaltung hatte für Mittwochabend zur Podiumsdiskussion eingeladen. Etwa 200 Gäste verfolgten konzentriert den Aussagen der hochkarätig besetzten Runde. Ein Fazit. Grundlegende Probleme lassen sich wohl nur auf EU-Ebene lösen.

**Pattensen-Mitte.** Auf dem Podium im großem Ratskellersaal saßen die Bundestagsabgeordneten Maria Flachsbarth (CDU) und Matthias Miersch (SPD) sowie Hans-Joachim Janßen, der Agrarpolitische Sprecher der Grünen im Landtag. Weitere Teilnehmer waren Harald Gabriel, Geschäftsführer von Bioland Niedersachsen, Jan Wittenberg, Bioland-Landwirt aus Nordstemmen, und Wighard Dreesmann, Stellvertretender Vorsitzender der BI. Fachlich kompetent moderiert wurde die knapp zweistündige Diskussion von Carola Böse-Fischer, BI-Vorsitzende und ehemalige HAZ-Wirtschaftsredakteurin mit dem Themenschwerpunkt Landwirtschaft.

Mit Bio-Lebensmittel, gerade auch Bio-Eiern, könnten Landwirte gute Geschäfte machen, sagte Böse-Fischer. Doch durch den Preisdruck würden auch Bio-Betriebe immer größer. Das bringe die aus der konventionellen Landwirtschaft bekannten Probleme mit sich. "Ist das noch bio", fragte die Moderatorin.

**Flachsbarth** betonte, man solle nicht nur auf die Größe der Ställe schauen, sondern auf die Haltungsbedingungen. "Sind die art- und tiergerecht?" Sie musste diesen Standpunkt mehrmals vertreten, weil immer wieder als Hauptkritikpunkt die Größe von Ställen angeführt wurde. Dreesmann forderte Obergrenzen für die Zahl der Tiere. "Sie können auch kleinere Haltungen haben, die vollkommen daneben sind", sagte Flachsbarth. Sie selbst fordere strenge Kriterien und eine strenge Überwachung. "Da sind Bund und Land auf einem guten Weg."

**Miersch** sieht als Grundproblem, dass die gesetzlichen Grundlagen schlecht sind. "Wir leben in einem kranken System, wir pressen alles aus dem Tier, aus dem Boden heraus." Es sei der Fehler der Agrarförderung, dass "nur Masse gefördert wird, nicht Qualität". Er fordert, dass die nächste Bundesregierung umsteuert und auch über die EU andere Richtlinien für die Agrarsubventionen durchsetzt. Weil die nächste EU-Förderperiode in 2020 beginnt, müssten jetzt die richtigen Weichen gestellt werden.

**Janßen** sagte: "Bio ist das, was die Biokriterien der EU einhält. Aber wir setzen uns für strengere Kriterien ein." **Gabriel** räumte ein, dass derzeit vielleicht nicht jeder sogenannte Bio-Hof die allerhöchsten Kriterien erfülle. "Vieles ist aber ein ganzes Stück besser, als was wir von konventionellen Höfen kennen." Wittenberg sagte, die Biolandwirte hätten "wichtige Antworten auf drängende Fragen zum Wasserschutz oder zum Tierwohl". Er forderte: "Die blanke Hinwendung zum Profit muss verhindert werden."

Als Fragen der Zuhörer zugelassen wurden, meldete sich die Grünen-Landtagsabgeordnete Regina Asendorf (Laatzen) zu Wort. Sie überraschte mit der **Nachricht, dass der Landwirt, der die Legehennen-Ställe für Bio-Eier bauen will, den gesamten Betrieb auf Öko-Landwirtschaft umstellen will.**

BI wehrt sich gegen Massentierhaltung in Pattensen

Die Bürgerinitiative (BI) Pattensen mit dem sperrigen Titel "für bäuerliche Landwirtschaft - gegen industrielle Massentierhaltung auch in Pattensen" wurde 2010 gegründet. Die BI, die als e.V. organisiert ist, bündelte damals den massiven Widerstand gegen den Plan eines Pattenser Landwirts, auf seinem Acker an der B3 Mastställe für bis zu 40.000 Puten zu errichten.

Zwischenzeitlich haben die Grünen aus Pattensen gemeinsam mit der Grünen-Landtagsabgeordneten Regina Asendorf (Laatzen) Kontakt zu dem Landwirt aufgenommen. Im vergangenen Jahr wurden auf einer gemeinsamen Veranstaltung

neue Pläne präsentiert: Der Landwirt plant nun, Ställe für insgesamt 12.000 Legehennen zu errichten. Er will Bio-Eier vermarkten.

Die neuen Pläne werden von der BI sehr kritisch gesehen. Einerseits geht es um die Menge der Tiere, die immer noch erheblich ist. Außerdem hat die BI in ihrem jüngsten Newsletter "Wendepunkt" darauf hingewiesen, dass zunächst nur 5 Hektar auf ökologische Landwirtschaft umgestellt werden sollten, nicht der ganze Betrieb. Dieses legale Verfahren sei laut BI Teil einer großen Biolüge zur Täuschung des Verbrauchers.

## **NWZ – 9.8.2017 – Franz-Josef Höffmann** **PROZESS VOR DEM LANDGERICHT OLDENBURG**

### **Wurden 800 Bulgaren illegal in Schlachthöfen beschäftigt?**

Sie verrichten stundenlang Schwerstarbeit für Dumpinglöhne und sparen Unternehmen Millionen: Die Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen den Chef eines Schlachtbetriebes mit Sitz in Wildeshausen eröffnet – und erhebt schwere Vorwürfe.

**WILDESHAUSEN/GARREL/LOHNE/OLDENBURG** Wegen Verstoßes gegen das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz muss sich seit Dienstag der Geschäftsführer des Schlachthofes der Geestland Putenspezialitäten mit Sitz in Wildeshausen vor der großen Wirtschaftsstrafkammer des Oldenburger Landgerichts verantworten. Mit auf der Anklagebank sitzt der Geschäftsführer einer Firma in Lohne, die in den Jahren 2008 bis 2010 für die Wildeshauser Firma massenhaft Arbeiter aus Bulgarien rekrutiert haben soll.

Die Anklage wirft den beiden 51-Jährigen aus Garrel und Vechta vor, aus Eigennutz Bulgaren zu Dumpinglöhnen und illegal eingesetzt zu haben. Die Arbeiter seien offiziell im Rahmen von Werkverträgen beschäftigt gewesen, tatsächlich aber hätten sie einen Arbeitnehmer-Status ohne entsprechende Bezahlung gehabt, so die Anklage.

Die Anklage geht von verbotenen Arbeitnehmerüberlassungen aus. Zur Verdeckung der Taten seien zwischen der Lohner Firma und bulgarischen Firmen, die die Arbeiter zur Verfügung gestellt hätten, Scheinwerkverträge geschlossen worden.

Werkvertrags-Arbeiter kommen einem Unternehmer erheblich günstiger als Leiharbeiter oder Arbeitnehmer. Und so soll sich die Wildeshauser Schlachtereierie, die ein Tochterunternehmen von Wiesenhof sein soll, mit den rund 800 illegal eingesetzten Bulgaren Aufwendungen in Höhe von rund zehn Millionen Euro gespart haben. Der Angeklagte aus Garrel ist in dem Verfahren, das vorerst bis November dauern soll, als Täter angeklagt. Der Geschäftsführer der Lohner Firma, der seinerzeit auch kaufmännischer Leiter von Wiesenhof war, muss sich im jetzigen Verfahren wegen Beihilfe verantworten.

Im kommenden Jahr sitzt dieser Angeklagte aber in einem weiteren Verfahren als mutmaßlicher Täter auf der Anklagebank. Er soll nicht nur der Wildeshauser Schlachtereier, sondern auch Wiesenhof selbst illegale Arbeiter verschafft haben. Bei einem Schuldspruch im jetzigen Verfahren sind die zehn Millionen Euro fällig, die durch die Machenschaften illegal eingespart worden sein sollen. Die Angeklagten indes bestreiten die Vorwürfe. Mehrmals war von ihren Anwälten die Einstellung des Verfahrens angeregt worden. Die [Staatsanwaltschaft](#) aber weigert sich. Sie will die Vorwürfe in dem jetzigen Verfahren, das es so noch nicht gegeben hat, ein für allemal geklärt sehen.

## **NWZ – 9.6.2017 – Theo Hinrichs**

### **PODIUMSVERANSTALTUNG**

### **In Sachen Nitrat noch viel zu tun**

Die Überprüfung spiele eine wichtige Rolle. Die intensive Tierhaltung sei ein Problem, hieß es.

[STAPELFELD](#) Nitratbelastetes Grundwasser in Teilen von Niedersachsen – für Godehard Hennies, Geschäftsführer beim Wasserverbandstag Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt (WVT), muss das vor allem bedeuten: „Wir müssen dringend weniger düngen.“ Hennies sprach am Montagabend in der Katholischen Akademie Stapelfeld auf Einladung des Kreisverbandes von Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Wasser geht uns alle an“.

Michael Jäger von den Cloppenburgern Grünen konnte zahlreiche Besucher begrüßen. Auf dem Podium, das vom Grünen-Bundestagsabgeordneten [Peter Meiwald](#) geleitet wurde, nahm eine ganze Reihe an Experten Platz.

Das Grundwasser habe eine zentrale Bedeutung für Niedersachsen, betonte Hennies. Zum Schutz dessen müsse nun an gemeinsamen Lösungen gearbeitet werden.

Georg Kühling vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft berichtete, dass in den Landkreisen Cloppenburg und Vechta an 250 Messstellen das Grundwasser beprobt werde. Während im Kreis Vechta Werte um 35 Milligramm Nitrat pro Liter Grundwasser gemessen wurden, betragen sie im [Landkreis Cloppenburg](#) 90 Milligramm. Die Vielzahl an Biogasanlagen spielten dabei eine wichtige Rolle. „Wir haben noch viel zu tun“, sagte Georg Kühling.

Für Reno Furmanek, Leiter der Prüfdienste „Kontrolle Düngerecht, Pflanzenschutz, Saatgut“ bei der [Landwirtschaftskammer Niedersachsen](#), spiele die Überprüfung von Flächen eine wichtige Rolle. Dank des neuen Düngemittelgesetzes werde deutlich auf Grenzwerte geachtet.

[Martin Roberg](#) vom [Kreislandvolkverband](#) betonte, dass die Biogas-Anlagen zu einem Anstieg der Nitratwerte geführt hätten. Hans-Joachim Janßen, Landtagsabgeordneter der Grünen, machte sich für bessere Rahmenbedingungen stark. Dabei spiele auch die Entflechtung der intensiven Tierhaltung eine Rolle. Dies betonte auch [Ottmar Ilchmann](#), Milchbauer aus dem Ostfriesischen.

Zur Diskussion kam auch, ein neues Leitbild für die Landwirtschaft zu entwickeln. „Kaufen Sie das Fleisch richtig ein und auch bessere Lebensmittel“, rief Moderator Peter Meiwald am Ende der Diskussionsrunde die Besucher auf.

***Josef Koch, dlzagrarmagazin, am Freitag, 11.08.2017***

## **Analyse Milchbauern: Wirtschaftliche Situation nach wie vor angespannt**

**Auch wenn die Milchpreise langsam steigen, ist die wirtschaftliche Situation auf den niedersächsischen Milchviehbetrieben nach wie vor angespannt. Die Milchbauern brauchen noch lange gute Milchpreise**

Zur wirtschaftlichen Konsolidierung brauchen die Milchbauern eine längere Phase guter [Milchpreise](#), so das Fazit der Landwirtschaftskammer Niedersachsen. Außerdem müssten sie für die Zukunft krisenfest gemacht werden. Bei der Veranstaltung in Oldenburg stellte Kammerpräsident Gerhard Schwetje neue Prognosezahlen für das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2016/2017 vor. Danach beläuft sich das Unternehmensergebnis voraussichtlich auf zirka 58.000 Euro. „Das reicht nicht aus, um die Lebenshaltungskosten von zwei Familien, die in aller Regel einen solchen Betrieb bewirtschaften, zu decken“, sagte der Kammerpräsident.

Für die Phase niedrigster Milchpreise im Juni 2016 bezifferte Schwetje das Defizit für einen Betrieb mit 130 Kühen auf 10.700 Euro pro Monat. Und er folgerte: „Wenn der Milchbauer morgens in den Stall ging, bezahlte er 360 Euro Eintritt, um dort den ganzen Tag hart zu arbeiten.“

### **Betriebe lebten von Substanz**

Im Hinblick auf die Krise errechnete Kammerexperte Hortmann-Scholten für die Milchviehbetriebe eine „negative Eigenkapitalbildung“ und präziserte: „Die Betriebe haben von ihrer Substanz gelebt.“ Der „Dreiklang Leben, Tilgen, Sparen“, der aus dem Unternehmensergebnis bedient werden müsse, habe lange Zeit nicht funktioniert.

### **(...) Neue Standbeine schaffen**

Neben dem qualitativen Wachstum nannte Hortmann-Scholten weitere Möglichkeiten, wie Milchviehbetriebe auf eine Krise reagieren können. Dazu gehört zum Beispiel, weitere betriebliche Standbeine aufzubauen, die – wie etwa Vermietung oder Erzeugung erneuerbarer Energien – auch außerhalb der

Landwirtschaft liegen können. Auch die Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit bei gleichzeitiger Bewirtschaftung des Hofes im Nebenerwerb oder gar die Betriebsaufgabe sind mögliche Szenarien, wenn es betrieblich nicht mehr weitergeht.

### **Fehlende Wertschätzung macht depressiv**

„Alle diese Optionen müssen in ihrer Umsetzung gut begleitet werden“, sagte Anne Dirksen, sozioökonomische Beraterin der Kammer. Sie betonte: „Auch die Entscheidung für eine Betriebsaufgabe verdiene großen Respekt.“ Leider seien heute viele Höfe in einer wirtschaftlichen Verfassung, die eine Übergabe an die nächste Generation unmöglich mache.

Es gebe Familien, die wegen ihrer niedrigen Einkünfte Wohngeld oder Hartz IV in Anspruch nähmen. „Und das, obwohl sie bestimmt nicht arbeitslos waren!“, ergänzte Dirksen. Vielmehr nehme die Arbeitsbelastung der Familienangehörigen zu, da Geld fehle, um Mitarbeiter einzustellen. Überarbeitung bis hin zum Burn-Out seien die Folge.

Als eine wichtige Ursache für die Zunahme depressiver Erkrankungen bei Landwirten nannte Dirksen neben wirtschaftlicher Probleme die fehlende gesellschaftliche Wertschätzung gegenüber Bauern. Sie forderte in diesem Zusammenhang, in der Diskussion um Tier- und Umweltschutz die Menschen auf den Höfen nicht zu vergessen, und sprach sich für eine „Initiative Bauern- und Bäuerinnenwohl“ aus.

Mit Material von LWK Niedersachsen

## **TOP AGRAR ONLINE - 10.08.2017 - Patrick Liste**

### **„Wachsen, ohne größer zu werden“**

Der aktuell ausgezahlte [Milchpreis](#) von 33 Cent pro kg Milch reicht nicht aus, um die finanziellen Lücken der letzten beiden Jahre zu schließen. Zur wirtschaftlichen Konsolidierung brauchen die [Betriebe](#) eine längere Phase guter Milchpreise. Das sagte Dr. Albert Hortmann-Scholten auf einer Veranstaltung der [Landwirtschaftskammer Niedersachsen](#) zum [Milchmarkt](#) 2017.

... Dr. Albert Hortmann-Scholten, Leiter des Unternehmensbereichs Markt, Familie und [Betrieb](#), bestätigte die Trendwende am [Milchmarkt](#). Die steigenden Preise kämen allerdings für viele [Milchviehhalter](#) zu spät. „Derzeit geben jährlich etwa vier bis fünf Prozent der [Betriebe](#) auf“, so der Marktexperte. Dieser Wert läge deutlich über den sonst üblichen zwei bis drei Prozent.

Aus Erzeugersicht sei es ernüchternd, dass der Wertschöpfungsanteil in der [Milchvermarktung](#) nur sehr gering sei. ... Den aktuell rund 9.800 niedersächsischen Milcherzeugerbetrieben riet er, die Lehren aus den zurückliegenden wirtschaftlich schweren Zeiten zu ziehen und ihren [Betrieb](#) für weitere Krisen zu wappnen.

Dazu gehöre es auch, die Produktion weiter zu optimieren. „Qualitatives Wachstum, also Wachsen, ohne größer zu werden“ nannte das der Marktexperte. Er sieht dazu

auf vielen Höfen noch Potenzial, um die Kosten zu senken. Hortmann-Scholten sagte voraus, dass ein Größenwachstum immer schwieriger werde. Als Gründe nannte er ein verschärftes Baurecht sowie steigende Produktionsauflagen in den Bereichen Tier-, [Immissionsschutz](#) und Düngung.

Im Hinblick auf die Krise errechnete er für die Milchviehbetriebe eine „negative Eigenkapitalbildung“ und präziserte: „Die [Betriebe](#) haben von ihrer Substanz gelebt.“ Der „Dreiklang Leben, Tilgen, Sparen“, der aus dem Unternehmensergebnis bedient werden müsse, habe lange Zeit nicht funktioniert.

Doch welchen Strategien sollen Milchviehbetriebe in Zukunft wählen?

„Die Krise hat gezeigt, dass Betriebe mit mehreren Standbeinen die wirtschaftlich angespannte Zeit besser überbrücken konnten. Unternehmen, die zum Beispiel noch andere Tierarten hielten, [Ackerbau](#) betrieben oder außerlandwirtschaftliche Einkünfte aus erneuerbaren Energien oder aus der Vermietung von Immobilien erzielten, konnten die Defizite aus der [Milchviehhaltung](#) besser ausgleichen,“ so der Berater. Auch die Aufnahme einer außerlandwirtschaftlichen Tätigkeit bei gleichzeitiger Bewirtschaftung des Hofes im Nebenerwerb oder gar die [Betriebsaufgabe](#) seien mögliche Szenarien, wenn es betrieblich nicht mehr weitergehe. ...

## Leserkommentare

1. von **Eckehard Niemann** · 12.08.2017 - 00:37 Uhr [1.](#)  
**Preis-Wachstum statt Mengenwachstum bzw. Wachsen-oder-Weichen!**

**Man müsste von einem Kammerberater, der wirklich die Interessen von Bauern vertritt und nicht nur neoliberal ausgerichtet ist, eigentlich erwarten, dass er auch solche Optionen untersucht: Ausreichende Einkommen durch Mengenregulierung und dadurch deutlich höhere Erzeugerpreise....**

2. von **Matthias F** · 10.08.2017 - 22:28 Uhr [2.](#)  
**Warum...**

Warum brauchen wir verschiedene Standbeine? Natürlich gibt es Höhen und Tiefen weil wir mit Tiere und Natur arbeiten!! Meine Frage lautet warum brauch Audi oder BMW kein zweites Standbein?

3. von **Gerd U** · 10.08.2017 - 17:17 Uhr [3.](#)  
**Die Herren u.Dame sollten mal in sich gehen**

Rückblick: Rabobank sagt im langjährigen Mittel werden sich die Milchpreise um 32/33 Cent bewegen. Nun kommt unsere Kammer an und sagt mit 33 Cent können keine 2 Familien davon leben. Selbige hat aber auch vorgerechnet das man sehr wohl mit 33 Cent noch einen Stall abbezahlen kann- ..... Wenn sie sich hinstellen würden und soviel Rückrat hätten zu sagen mind. 38 Cent sind nötig um in Zukunft überleben zu können. Das wäre zumindest ehrlicher! Ich erinnere Herrn Schweetge an die Diskussion in Jever Anfang des Jahres mit den Bankern.

4. von **Josef D** · 10.08.2017 - 15:32 Uhr **4.**  
**Gehe mal**

bei 200 Kühen arbeiten !!! Oder anders gefragt : Ab wann steigen die Betriebsgrößen ?? Bestimmt nicht bei 32 Kühen oder ???

5. von **Kirsten W** · 10.08.2017 - 14:17 Uhr **5.**  
**die physische und psychische Belastungsgrenze**

Wurde in den Krisenjahren bei nicht wenigen Familien erreicht. Da klingt es wie Hohn wenn empfohlen wird, noch nebenbei arbeiten zu gehen. Der Kammer fehlt schlichtweg der Mut, die Realität auszusprechen: wenn sich in der europäischen Milchpolitik die Ausrichtung nicht bald ändert, dann werden auch Betriebe von denen es niemand erwartet hätte, bald ihre Hoftore schließen.

6. von **Steffen H** · 10.08.2017 - 12:46 Uhr **6.**  
**An den kleinen Schrauben haben wir immer gedreht**

Nach fest kommt ab ! Einfach mal zusammen das MVP durchgehen ,überarbeiten und einführen .

7. von **Thomas E** · 10.08.2017 - 12:  
**Da kann ich nur dazu sagen:**

Auch wieder so ein Dummschwätzer, als ob wir dies alles nicht schon wüssten oder praktizieren. Es ist doch ganz einfach, wir bekommen für unsere Milch 40 Cent + und wo ist dann das Problem? Aber es ist nun mal politisch nicht gewollt! Das gleiche gilt für den Getreide oder Fleischmarkt.

8. von **Richard H** · 10.08.2017 - 11:47 Uhr **8.**  
**Als Schweinehalter**

muss ich nach dem ersten Satz im Bericht etwas schmunzeln. Um die zwei schlechten Jahre auszugleichen hatten doch schon die drei Jahre zuvor gereicht an denen die höchsten Buchführungsabschlüsse aller Zeiten erzielt wurden. Das ist Marktwirtschaft. Wir Schweinehalter wissen wovon wir reden. Ob das gut oder schlecht ist steht auf einem anderen Blatt.

9. von **Karl W** · 10.08.2017 - 11:33 Uhr **9.**  
**Top agrar meldet wieder nur zensierte Aussagen**

Eine Zeitung zitiert Herrn Dr. Holtmann- Scholten: " Derzeit wächst der Keim für eine neue Preiskrise. Die Milchterminbörse EEX signalisirt eine fallende Preistendenz ab Dezember und für 2018." Diese Aussage wird den Bauern von top agrar vorenthalten ! Passt wohl nicht ins Konzept des DBV . Liebe Redakteure, widmet Euch euren Aufgaben als Journalisten, der objektiven Berichterstattung. Hofberichterstattung braucht niemand !

10. von **Konrad D** · 10.08.2017 - 11:14 Uhr **10.**

Warum steht auf dem Tisch bei dieser Pressekonferenz zum Thema Milch keine Trinkmilch, sondern Kaffee und überteuertes Sprudelwasser? Das hätte schon mal zum Absatz und damit zum Preis beigetragen! Also, liebe Bauern,

am besten eine Kaffeepflanzung anlegen oder einen Mineralbrunnen bohren, scheint lukrativer zu sein. Sich mit den Gewinnen daraus aber bitte nicht einfach ein schönes Leben machen, sondern schön wieder in der Milcherzeugung verbrennen.

11. von **Karl-Heinz M** · 10.08.2017 - 10:29 Uhr **11.**

Wie wäre es denn das Angebot der Nachfrage anzupassen! Die Milchbauernfamilien am Markt beteiligen. Verträge zwischen Milchbauern und Molkereien mit Preis Menge über Menge Qualität und Lieferzeitraum so wie es in der freien Wirtschaft üblich ist. Warum sollen wir das alleinige wirtschaftliche Risiko tragen? Verehrte Experten.

12. von **Karl-Heinz M** · 10.08.2017 - 10:26 Uhr **12.**

Der beste Tipp. Geht außerhalb des Betriebes Geld verdienen damit ihr es zuhause mit den Kühen wieder verbrennen könnt. Das sollte von denen mal einer machen

13. von **Karl-Heinz M** · 10.08.2017 - 10:24 Uhr **13.**

Ach sind die alle schlau. Erst hieß es : Spezialisiert euch. Jetzt heißt es: Diversifiziert euch. Und es hat sich gezeigt das Betriebe mit Windrädern und Biogasanlagen besser durch die Krise kommen. Ach welch Experten

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Rind-Rindernews-Wachsen-ohne-groesser-zu-werden-8436136.html#comment-94062>

*NDR - 10.08.2017 – Stefanie Dodt*

## **Zwangsarbeit auf Farm-Gelände von VW Brasilien**



In den 1970ern begann VW damit, Rinder in Brasilien zu züchten.

"Wir haben den Bewohnern dieser Region die Zivilisation und die Möglichkeit eines anständigen Lebens gebracht." So drückt es Wolfgang Sauer, der ehemalige Chef

des Tochterunternehmens von Volkswagen in Brasilien, in seiner Biografie aus. Die Region, die Sauer anspricht, ist der Bundesstaat Pará im brasilianischen Amazonas-Becken, 2.000 Kilometer nördlich von der Industriemetropole São Paulo. Hier betrieb der Autobauer Volkswagen ab Mitte der 1970er-Jahre rund 15 Jahre lang eine Farm. Rindersteaks der Marke VW sollten der nächste Erfolg werden, nachdem der Käfer in Brasilien schon zum Verkaufsschlager geworden war.

### Zwangsarbeiter roden Regenwald für VW-Steaks

Recherchen von NDR, SWR und "Süddeutscher Zeitung" lassen Zweifel an der Modellhaftigkeit des Projektes aufkommen. Für die VW-Steaks wurden zwölf Jahre lang riesige Flächen Regenwald gerodet, die Farm umfasste eine Fläche von rund 140.000 Hektar. Tausende Leiharbeiter sollen dafür unter unmenschlichen Bedingungen beschäftigt worden sein. Auf dem Gelände wurden offenbar mit dem Wissen des damaligen Farm-Managements Zwangsarbeiter eingesetzt. Reporter der drei Medien konnten Dutzende Protokolle von Aussagen ehemaliger Leiharbeiter und Polizeiberichte auswerten sowie mit Arbeitern und Verantwortlichen sprechen.

### PODCAST



Podcast

[Podcast-Serie: Komplizen? VW und Brasiliens Militärdiktatur](#)

#### **NDR Info**

Hat VW do Brasil mit der brasilianischen Militärdiktatur kollaboriert? Eine Spurensuche zwischen Brasilien und Deutschland. Hier finden Sie alle fünf Teile der Podcast-Serie. [mehr](#)

Das Tochterunternehmen des Wolfsburger Autobauers plante in den 70er-Jahren den Einstieg in das Fleischgeschäft - auf Einladung der brasilianischen Militärregierung, die mit Steuererleichterungen lockte. Dafür gründete VW Brasilien im Jahr 1973 die "Companhia Vale do Rio Cristalino", eine Farm im brasilianischen Bundesstaat Pará. Um Arbeitskräfte für die Rodung des Waldes im Amazonasbecken zu finden, wurden Vermittler beauftragt.

### System von Schuldknechtschaft

Diese Arbeitsvermittler entwickelten den Recherchen zufolge ein System von Schuldknechtschaft. Sie rekrutierten Männer aus umliegenden Bundesstaaten. Nachdem sie an der Farm angekommen waren, oft nach mehrtägiger Anreise, berechneten die Vermittler nach Schilderungen der Arbeiter entgegen den Absprachen den Transport zur Farm - zur Abarbeitung dieser "Schulden" wurden sie gezwungen, den Wald zu roden. Den Aussagen nach mussten die Leiharbeiter auch

für Nahrungsmittel hohe Preise zahlen, sodass sie weiter verschuldet blieben. Sie berichten von Gewalt, massiven Misshandlungen und in Einzelfällen auch Tötungen von Arbeitern auf dem Gelände der Farm, wenn diese versuchten zu fliehen.

### Ex-Farm-Manager wusste Bescheid

Der ehemalige Manager der VW-Farm im Amazonas bestätigte nun im Interview, vom System der Schuldknechtschaft auf dem Farm-Gelände gewusst zu haben. "Das ist die Praxis, wie damals diese großen Arbeiten durchgeführt wurden", so der heute 79-jährige gebürtige Schweizer Friedrich Brügger. Man habe das System in Kauf nehmen müssen, um das Farm-Projekt realisieren zu können. Brügger stand im engen Kontakt zur Unternehmensleitung in São Paulo und in Wolfsburg.

Auch der Einsatz von Gewalt sei ihm bekannt gewesen: "Ja, es wurden schon massive Mittel verwendet, damit sie nicht davonlaufen. Vor allem, wenn sie verschuldet waren. Das war aber auch nicht speziell von uns." Andere Möglichkeiten sieht der damalige Manager im Rückblick nicht: "Das ist der Brasilianer, der zieht immer den anderen übert den Tisch." Dass es auch zu Todesfällen kam, bestritt Brügger.

### "Sklavenhalter" - Konzernspitze wurde informiert

Die Recherchen zeigen, dass auch die Konzernspitze in Wolfsburg spätestens im Jahr 1983 über Vorwürfe gegen die Farm im brasilianischen Amazonasbecken informiert worden war. Damals schrieb der Farm-Manager persönlich an den VW-Vorstandsvorsitzenden in Wolfsburg, man sei als "Sklavenhalter" bezeichnet worden. Der Empfänger des Briefes, der damalige VW-Vorstandsvorsitzende Carl Hahn junior, bestritt im Interview mit NDR, SWR und SZ, von den Vorwürfen gewusst zu haben: "Ich habe ja bei uns keine Sklavenhalter gesehen."

### Historiker bestätigt Vorwürfe

Heute will sich VW inhaltlich bislang nicht äußern. Das Unternehmen verweist darauf, dass die Auswertung der Untersuchungen des Historikers Christopher Kopper zur Konzerngeschichte in Brasilien noch andauere. Auf Anfrage nahm Kopper jedoch schon vorab Stellung und bestätigte die Vorwürfe: "Es war im Prinzip Schuldknechtschaft." Dem Historiker zufolge hätte der Konzern anders handeln können: "Man hätte ja diese Arbeitskräfte auch direkt bei VW einstellen können." Stattdessen wurden die Leiharbeiter nur indirekt über Arbeitsvermittler engagiert.

### Ehemalige Arbeiter fordern Entschädigung

Eine Gruppe ehemaliger Leiharbeiter des Landgutes fordert Entschädigungen vom Konzern. "Kein Mensch sollte so etwas erleben müssen. Nicht einmal ein Tier darf man so behandeln", so der ehemalige Arbeiter José Liborio. "Was ich jetzt von der Firma erwarte, ist eine Entschädigung. Für die Erniedrigung, die wir erleben mussten, die Respektlosigkeit. Das ist das Mindeste, was wir von VW erwarten."

### TV- und Buch-Tipp

Das Erste zeigt am Sonntag um 19.30 Uhr in der Sendung "Weltspiegel" einen Bericht über die VW-Farm in Brasilien. Zudem beschäftigt sich Antoine Acker in seinem neuen Buch "Volkswagen in the Amazon" mit dem Thema.

**31.07.2017 23:30 Uhr**

Der Volkswagen-Konzern soll in den Jahren der brasilianischen Militärdiktatur mit dem Regime zusammengearbeitet haben. In Brasilien ermitteln Staatsanwälte. Was steckt dahinter?

#### WEITERE INFORMATIONEN



22:43

#### [Komplizen? Teil 5: Die Farm](#)

**10.08.2017 20:30 Uhr**

**NDR Info: Das Forum**

Volkswagen do Brasil betrieb in den 1980er Jahren die Farm "Cristalino", tief im Amazonasbecken. Zum Vorwurf der brutalen Zwangsarbeit schweigt der VW-Konzern momentan. **[Audio \(22:43 min\)](#)**



Multimedia-Doku

#### [Komplizen? VW und Brasiliens Militärdiktatur](#)

VW Brasilien gehört seit Jahrzehnten zu den erfolgreichsten Werken des Volkswagen-Konzerns. Doch das Unternehmen hat offenbar eng mit der Militärdiktatur kooperiert. **[mehr](#)**



#### [Gutachter sieht VW-Verstrickung in Brasilien](#)

Ein Gutachten zeigt, dass die brasilianische VW-Tochterfirma sich aktiv an der Unterdrückung von Oppositionellen im Land beteiligt hat. Volkswagen hatte die Studie in Auftrag gegeben. **[mehr](#)**

Dieses Thema im Programm:

NDR Info | Das Forum | 10.08.2017 | 20:30 Uhr

**TAZ – 11.8.2017 – Jost Maurin**

## **Essay über Massentierhaltung**

### **Ei. Ei. Eieieieie**

Der Gifteier-Skandal betrifft überwiegend große Farmen mit mehr als 15.000 Hennen. Er zeigt, wie riskant die industrielle Geflügelhaltung ist.

Oft sind es die simpelsten Fragen, die Pressesprecher ins Schwitzen bringen. Eine lautet: Wie groß sind die Eierfarmen, deren Ställe mit dem gesundheitsgefährdenden Insektenvernichter Fipronil gereinigt wurden? Darauf antworten die zuständigen niederländischen Behörden zunächst gar nicht. Dann sagt Paula de Jonge von der Behörde für Lebensmittelsicherheit in Utrecht: „Wir haben keine Liste mit den Größen der Betriebe.“ Dabei müssen sich alle Legehennenhalter samt der Zahl ihrer Tiere bei den Behörden registrieren. Eine schriftliche Bitte der taz. am wochenende ließen die Holländer bis Freitag unbeantwortet.

Auch der Verein für kontrollierte alternative Tierhaltungsformen (KAT), der die meisten betroffenen Farmen überwacht, mauert. Aus „datenschutzrechtlichen Gründen“ könne man „leider keine konkreten Informationen zu den einzelnen Betrieben geben“, schreibt die PR-Agentur der von der Branche gegründeten Organisation, die auch Erfinderin des Eiercodes auf den Schalen ist. Erst nach mehrmaligem Nachhaken rückt KAT dann doch ein paar Angaben heraus.

Schnell wird klar, warum die Geflügelindustrie diese Daten ungern veröffentlicht. Die weit überwiegende Mehrheit der Betriebe ist riesig. Das ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die schon immer gesagt haben: Industrielle Geflügelhaltung ist gefährlich. **„Insgesamt ist ein KAT-Betrieb mit unter 5.000 Legehennen, drei weitere KAT-Betriebe mit unter 10.000 Legehennen und weitere 21 KAT-Betriebe mit zwischen 10.000 und 15.000 Legehennen von Fipronil betroffen“**, teilt der Verein mit. **83 Prozent der 147 niederländischen, deutschen und belgischen Fipronil-Farmen haben also mehr als 15.000 Legehennen. Darunter sind laut KAT zum Beispiel „Betriebe mit mehreren Stallanlagen (pro Stallanlage beispielsweise 40.000 und insgesamt dann 100.000 Legehennen)“**. 100.000 Hühner an einem Ort – das ist schon eine Nummer. Eine Durchschnittszahl für alle Betriebe will KAT, der eigentlich von Transparenz leben müsste, partout nicht nennen. Sie dürfte sehr hoch sein.

### **Im Durchschnitt 21.700 Tiere**

Auskunftswilliger ist der Pressesprecher von Niedersachsens Agrarminister Christian Meyer (Grüne). In seinem Land stehen die einzigen deutschen Betriebe, in deren Eiern Fipronil nachgewiesen wurde: **zwei Freilandbetriebe mit circa 40.000 Hennen, ein Bodenhaltungsbetrieb mit 28.800 Hennen und ein Biobetrieb mit 18.000. Auch das also Großbetriebe. Im Mittel haben sie 21.700 Tiere.**

**Eine Durchschnittszahl für das wichtigste Land in dieser Causa, die Niederlande, hat die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft aus**

**Angaben dortiger Medien errechnet: Die rund 180 zwischenzeitlich gesperrten Betriebe erzeugten normalerweise wöchentlich 40 Millionen Eier. Also habe jede Farm im Mittel 38.000 Legehennenplätze.**

Dabei sagen Bauern wie Dieter Greve: „30.000 Hennen braucht man nicht, und es sind auch zu viele, um sich ausreichend um jedes einzelne Tier kümmern zu können.“ Greve ist Sprecher des Bundesfachausschusses Geflügel beim Ökobauernverband Bioland. Er selbst hält nur etwa 6.200 Legehennen auf seinem Ökohof in Schülpe bei Rendsburg.

„Die Massentierhaltung in großen Ställen auch in der Bio- und Freilandhaltung ist besonders anfällig für derartige – illegale – Praktiken“, sagte der niedersächsische Minister Meyer der taz am Wochenende über den verbotenen Einsatz von Fipronil. „Kleine bäuerliche Betriebe mit nur geringer Tierzahl sind kaum betroffen.“

Die grundsätzliche Frage ist also: Warum trifft der Skandal fast nur die Großen? Sämtliche Betriebe waren Kunden der niederländischen Reinigungsfirma Chickfriend. Sie setzte Fipronil in den Ställen ein, um vor allem der Roten Vogelmilbe den Garaus zu machen, einem Blutsauger, der vor allem Jungtieren lebensgefährlich werden kann.

### **Giftig für Ratten und Kaninchen**

Zur Behandlung gegen Zecken oder Flöhe etwa bei Hunden ist Fipronil erlaubt, aber nicht bei Tieren in der Lebensmittelproduktion. Bei Versuchen an Ratten, Mäusen und Kaninchen wirkte Fipronil toxisch auf das Nervensystem, wie das staatliche Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) berichtet. Auch die Leber sei bei den Nagern geschädigt worden. Das Gift aus dem Reinigungsmittel konnte in den Hühnerställen zum Beispiel über das Futter in die Hennen und Eier gelangen und schließlich auf den Teller.

Zwar bezeichnet das BfR es als „unwahrscheinlich“, dass die bisher in Deutschland gemessenen Fipronil-Mengen in Eiern oder Hühnerfleisch die Gesundheit akut gefährden – auch nicht die von Kindern. Aber auszuschließen ist die Gefahr eben nicht. Aus gutem Grund dürfen laut Gesetz Lebensmittel praktisch überhaupt kein Fipronil enthalten.

„Dienstleister wie Chickfriend haben an uns kleinen Betrieben überhaupt kein Interesse“, sagt Biobauer Greve. „Das lohnt sich für die gar nicht.“ Kleine Bauern wie er reinigen ihre Ställe immer noch selbst. Das ist der rein finanzielle Grund, weshalb Fipronil vor allem ein Problem der Großbetriebe ist.

Die tiefer liegenden Ursachen sind die Spezialisierung und Arbeitsteilung, Kennzeichen der industriellen Landwirtschaft. Die Bauern konzentrieren sich auf wenige Produkte, in diesem Fall auf Eier. Das Futter bauen sie meist nicht mehr selbst an, sondern kaufen es von anderen Betrieben. Um davon leben können, müssen die spezialisierten Betriebe mehr Hühner halten als Höfe, die breiter aufgestellt sind. Um Kosten zu senken, reinigen sie ihre Ställe nicht mehr selbst, sondern heuern wiederum Spezialisten an – in diesem Fall Chickfriend.

### **Kontrollverlust durch Arbeitsteilung**

Damit verlieren sie aber auch einen Teil der Kontrolle. Sie können nicht wirklich sicher sein, was der Dienstleister da versprüht. Und selbst wenn sie es doch wussten, ist es schwierig, das nachzuweisen. Diese Arbeitsteilung verhindert oft, jemanden verantwortlich zu machen. Industrielle Landwirtschaft befördert organisierte Verantwortungslosigkeit.

„Der Skandal um fipronilbelastete Eier in Deutschland und Europa zeigt: Die Strukturen der Geflügelwirtschaft, die durch große Tierbestände sowie lange Vertriebswege über zahlreiche Zwischenhandelsunternehmen geprägt sind, erschweren eine schnelle Rückverfolgbarkeit“, sagt die rheinland-pfälzische Ernährungsministerin Ulrike Höfken (Grüne). Weil die beteiligten Firmen überregional operieren, sind zig Behörden involviert. Jede hat erst einmal nur ihr Land im Blick: Die belgische Agentur für Lebensmittelsicherheit hielt es nach Fipronil-Funden lange nicht für nötig, die anderen EU-Länder zu informieren. Auch die Niederländer hatten schon früh Hinweise auf den Einsatz der Chemikalie in Ställen – und gaben ihr Wissen nicht weiter.

Die deutschen Behörden bemerkten überhaupt nichts. Die Aufsicht über die Lebensmittelbranche ist hierzulande heillos zersplittert. Zuständig sind die rund 300 Landkreise. Ihnen fällt es schwer, grenzüberschreitend arbeitende Unternehmen wie Chickfriend zu überwachen. Zudem sind ihre Veterinärämter oft unterbesetzt oder trauen sich nicht, gegen die heimische Wirtschaft vorzugehen.

Der von der konventionellen Landwirtschaft dominierte Bauernverband jedoch weist die These zurück, dass der Skandal zeige, wie anfällig industrielle Massentierhaltung für Betrug sei. „Kriminelle Machenschaften bei zugelieferten Präparaten können jeden Tierhalter treffen“, sagte Pressesprecher Michael Lohse der taz.

### **Was können Verbraucher jetzt tun?**

Natürlich könnte theoretisch auch ein kleiner Bauer entdecken, dass Fipronil gegen Vogelmilben wirkt, es kaufen und selbst spritzen. Aber um auf diese Idee zu kommen, müsste sich so ein Landwirt intensiv mit dem Thema befassen, wozu die meisten wohl schon aus Zeitgründen nicht in der Lage sind. Und es bedarf erheblicher krimineller Energie – und die hat nur eine Minderheit.

Vor allem aber wäre der Schaden genauso wie der Hof: klein. Betrügen ein paar Kleinbauern, betrifft das ein paar Tausend Eier. Weil die Fipronil-Farmen so riesig sind, sind gleich 17 Länder betroffen. Allein nach Deutschland sind laut Bundeslandwirtschaftsministerium rund 10,7 Millionen Fipronil-Eier aus den Niederlanden geliefert worden.

Was können Verbraucher tun? Sie könnten nur noch Eier von kleinen Höfen kaufen. Aber die sind vom Aussterben bedroht. 2016 hatten laut Statistischem Bundesamt nur noch 41 Prozent der Betriebe weniger als 10.000 Legehennen. Von ihnen kommen lediglich 7 Prozent der in Deutschland gelegten Eier. Eine Lösung wäre, überhaupt keine Eier mehr zu kaufen. Aber das wird nur eine Minderheit machen.

Wichtiger wäre, als Bürger dazu beizutragen, dass kleine Betriebe stärker subventioniert werden. Man sollte Hühnerhalter auch dazu verpflichten, allen Tieren Auslauf zu gewähren, was mangels Flächen zur Verkleinerung der Betrieben führen

würde. Die Behörden müssten aber auch stärker darauf achten, dass Farmen Regeln etwa zur Begrünung der Freiflächen einhalten. Das schaffen sie oft nicht, weil sie zu viele Hühner auf den Flächen halten und das Gras schnell weggepickt ist.

Für den Hühnerhof gilt – von Ausnahmen abgesehen: Klein ist fein.

*Mitarbeit: Lucia Heisterkamp*

**NDR - 11.08.2017**

## **Fipronil in Eiern aus Betrieb in MV entdeckt**

Der Fipronil-Skandal ist in Mecklenburg-Vorpommern angekommen. In einem Geflügelzuchtbetrieb sind Eier positiv auf Fipronil getestet worden. Das teilte das Landwirtschaftsministerium in Schwerin am Freitag mit. Der Fipronil-Gehalt liegt nach Angaben eines Ministeriumssprechers über dem Grenzwert von 0,005 Milligramm je Kilogramm. Demnach seien die Proben in einem Geflügelzuchtbetrieb für Elterntiere genommen worden. Die Eier waren daher nicht für den Verzehr durch Menschen gedacht, sondern für die Masthähnchenproduktion.

### **Fleisch wird untersucht**

In dem betroffenen Betrieb wurden den Angaben zufolge zudem Fleischproben gezogen. Diese werden im Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei (LALLF) ausgewertet. Mit ersten Ergebnissen wird Anfang nächster Woche gerechnet.

### **Offenabr belastetes Reinigungsmittel in Zuchtbetrieb eingesetzt**

Außerdem gibt es Hinweise, dass in einem weiteren Betrieb das mit Fipronil versetzte Desinfektions- und Reinigungsmittel Dega-16 eingesetzt wurde. Dabei soll es sich um einen Mastbetrieb handeln. Die Tiere dieses Betriebes wurden vor dem Bekanntwerden des aktuellen Geschehens bereits zur Schlachtung nach Polen und in die Niederlande gebracht. Die dortigen Behörden werden durch den Bund informiert.

Bei Fipronil handelt es sich um ein Insektizid, das in der Geflügelhaltung nicht verwendet werden darf. Es gilt in höheren Dosen als gefährlich. Die Konzentrationen in den zuletzt gefundenen belasteten Eiern sind im Vergleich dazu extrem gering. Die Ausweitung des Skandals Nach Angaben der EU-Kommission hat der Skandal mittlerweile 15 EU-Staaten erreicht. Auf dem Internetportal [www.lebensmittelwarnung.de](http://www.lebensmittelwarnung.de) sind Warnungen zu Fipronil-belasteten Produkten aufgelistet. Weitere Informationen sind unter [www.bfr.bund.de](http://www.bfr.bund.de) abrufbar.

**ZEIT –11.8.2017 :**

**Chickfriend:**

## **Reinigungsfirma soll falsche Dokumente vorgelegt haben**

**Eine niederländische Firma hat laut einem Bericht deutsche Landwirte mit falschen Papieren getäuscht und den Einsatz von Fipronil verschwiegen. Die Manager sind in Haft.**

... Als Hersteller/Lieferant werde in dem Papier ein Unternehmen im belgischen Weelde genannt, wo ein Chemikalienhändler firmiere. Dessen Anwalt habe eine Stellungnahme abgelehnt. Die beiden Chefs der Firma Chickfriend waren am Donnerstag bei Razzien festgenommen worden. Gegen sie wird wegen des Verdachts der Gefährdung der öffentlichen Gesundheit und des Besitzes verbotener Stoffe ermittelt.

(...) Auf der Seite [lebensmittelwarnung.de](http://lebensmittelwarnung.de) aktualisiert das Bundesamt fortlaufend, welche Chargen betroffen sind.

Der Skandal um die mit Fipronil belasteten Eier reicht mittlerweile bis Asien. Nach Angaben der EU-Kommission wurden in 15 EU-Ländern, der Schweiz und in Hongkong belastete Eier entdeckt. Die EU-Kommission will deshalb am 26. September ein Krisentreffen einberufen. ...

Die Niederlande müssen sich in dem Skandal derweil harte Vorwürfe aus dem Ausland gefallen lassen. Der belgische Landwirtschaftsminister Denis Ducarme verwies auf einen internen Bericht der niederländischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, wonach bereits im November 2016 erste Fipronil-Belastungen bei niederländischen Eiern gemessen worden sein soll. Außerdem hätten die belgischen Behörden mehr als einen Monat auf Informationen der niederländischen Kollegen warten müssen, sagte Ducarme. So habe man erst verspätet Gegenmaßnahmen einleiten können. Die Niederlande bestreiten das.

Bislang standen in dem Skandal um Millionen mit dem Insektengift belastete Eier vor allem die belgischen Behörden in der Kritik. Diese hatten bereits Anfang Juni von einem Fipronil-Verdachtsfall erfahren, die anderen EU-Staaten aber erst am 20. Juli informiert. Diese Verzögerung ist laut Ducarme aber vor allem auf mangelnde Kooperation der Niederlande zurückzuführen.

## **Fipronil auch an Privatleute verkauft**

### **EIER-SKANDAL**

*GRENZ-ECHO - 11. August 2017*

Über Haut und Gefieder nehmen Legehennen Fipronil auf, Rückstände davon finden sich dann auch in den Eiern. | Foto: Reporters

**Fipronil ist nicht nur ein Fluch für Geflügelfarmen. Das Insektengift soll auch an Privatleute verkauft worden sein, wie die Zeitung „Gazet van Antwerpen“ in Erfahrung gebracht haben will.**

Die Ermittlungen im Eier-Skandal laufen auf vollen Touren. Am Donnerstag wurde in den Niederlanden und in Belgien eine Vielzahl von Razzien durchgeführt, wobei die Fahnder es vor allem auf Betriebe abgesehen hatten, die in Verbindung mit Poultry-

Vision aus Weelde (Provinz Antwerpen) standen. Dieses Unternehmen steht in Verdacht, das legale Antimilbenmittel Dega-16 zur Stallreinigung mit dem in Lebensmittelbetrieben illegalen Insektizid Fipronil vermischt zu haben. Die Hausdurchsuchungen sollen laut Presseangaben ergeben haben, dass das Produkt möglicherweise auch an Privatleute verkauft worden sei.

Eine Tierklinik im flämischen Kasterlee soll eine verdünnte Version des Produkts an Hobby-Geflügelhalter verkauft haben. Die Beschreibung zu der Literflasche verweist darauf, dass das Mittel völlig biologisch ist. „Wir haben das Produkt selbst bei Poultry-Vision gekauft“, so ein Tierarzt. Vier Flaschen seien angeschafft worden. „Als der Skandal ausbrach, wollte einer unserer Kunden wissen, ob auch dieses Mittel Fipronil enthalten könne.“ Eine anschließende Kontrolle durch die Lebensmittelaufsichtsbehörde Fasnk ergab, dass dies in der Tat der Fall war.

Das Insektizid könnte demnach den Weg in die kleinen Ställe privater Geflügelhalter gefunden haben, ohne dass es gleich eine Gefahr für die Gesundheit bildet. Sowieso wird Fipronil als Wirkstoff zur effektiven Bekämpfung von Schädlingen wie Flöhe und Läuse im Fell von Katzen und Hunden eingesetzt. In Lebensmitteln hat Fipronil wahrlich nichts zu suchen, aber beim Einsatz für Haustiere ist der Wirkstoff unbedenklich. (gz)

**Deutschlandfunk - 09.08.2017**

## **Fipronil-SkandalMehr Fragen als Antworten**

Verseuchte Eier, schlampige Kontrollen und kriminelle Panscher: Aus diesen Zutaten rührt sich der Fipronil-Skandal zusammen. Besonders die belgischen Behörden hätten versagt, meint Jörg Münchenberg. Sie haben Informationen zu lange zurückgehalten. Und noch immer liefern sie keine klaren Antworten.

*Von Jörg Münchenberg*

MEHR ZUM THEMA

[Tieremediziner zu Fipronil](#) "Sehr sicheres Medikament für Haustiere"

[Fipronil-Skandal](#) Vorwürfe aus Belgien gegen die Niederlande

[Fipronil-Eier](#) Parallelen zum Dioxin-Skandal?

[Landwirtschaftsminister Schmidt zum Fipronil-Skandal:](#) "Das kommt der Brunnenvergiftung gleich"

[Fipronil-Skandal](#) Ei mit Knacks

[Fipronil-Skandal](#) Risikofaktor Ei

Der Skandal um die mit Fipronil verseuchten Eier nimmt kein Ende. Dabei hatten viele auf mehr Klarheit gehofft, nachdem sich der belgische Landwirtschaftsminister Denis Ducarme heute den Fragen der zuständigen Fachausschüsse im belgischen Parlament stellen musste. Außerdem musste die Lebensmittelkontrollbehörde AFSCA einen Zwischenbericht vorlegen, wer wann was von den verunreinigten Eiern wusste.

Doch statt Antworten gibt es nun noch mehr Fragen. Denn die wegen ihrer hanebüchernen Informationspolitik völlig zu Recht kritisierten belgischen Behörden

weisen nun ihrerseits mit dem Finger auf den Nachbarn. Die Niederlande haben demnach viel früher von dem Fipronil-Problem gewusst, ohne diese Informationen zu teilen. Außerdem hätten sie nur unzureichend mit den belgischen Behörden kooperiert.

Eier schon seit 2016 belastet?

Absehbar ist damit: Der Skandal um die verseuchten Eier, schlampige oder gleichgültige Behörden und kriminelle Panscher, die das Mittel überhaupt erst in Umlauf gebracht haben, zieht immer weitere Kreise. Und womöglich haben die Verbraucher schon sehr viel länger belastete Eier oder mit Eiern verarbeitete Lebensmittel verspeist. Entsprechende Rechnungen über Fipronil-Lieferungen nach Belgien, so wurde heute deutlich, stammen bereits aus dem Frühjahr 2016. Fingerzeig auf die Niederlande hilft nicht weiter

Nur Zyniker werden argumentieren, die Gesundheitsgefährdung halte sich dennoch in Maßen. Zumal vielerorts die entsprechenden EU-Grenzwerte nicht einmal überschritten worden sind. Das ändert jedoch nichts am Grundproblem: Fipronil hat - wie andere verbotene Stoffe auch - in Lebensmitteln nichts zu suchen. Werden die Behörden aber dennoch fündig, müssen sie schnellstens informieren.

Gerade bei der Anwendung des Vorsorgeprinzips aber haben zumindest die belgischen Behörden kläglich versagt. Warum die entscheidenden Informationen über sechs Wochen lang zurückgehalten worden sind, darauf konnte auch der belgische Landwirtschaftsminister heute keine überzeugenden Antworten geben. Wenn es in den Niederlanden ähnlich gelaufen sein sollte, umso schlimmer. Die belgische AFSCA wird damit nicht entlastet.

***ISN - 08.08.2017***

### **Futtermittel: Agrifirm verabschiedet sich aus Deutschland - Übernahmen durch Deutsche Tiernahrung Cremer, Bröring und HaGe Kiel**

**Nachdem bereits im März bekannt wurde, dass das Agrifirm-Werk in Neuss an die Deutsche Tiernahrung Cremer abgegeben wird und im Mai die Übernahme des Werkes in Losten an die Bröring Unternehmensgruppe bestätigt wurde, verabschiedet sich Agrifirm nun mit dem Verkauf des Werkes in Drentwede an die Hauptgenossenschaft Kiel (HaGe Kiel) komplett aus Deutschland.**

#### **HaGe Kiel übernimmt Agrifirm-Standort in Drentwede**

Laut einer Pressemitteilung der Kieler Hauptgenossenschaft Nord AG übernimmt diese ab Mitte Oktober den Standort Drentwede der Agrifirm Deutschland GmbH, sofern das Bundeskartellamt zustimmt. Damit hat das niederländische Unternehmen Agrifirm keine Standorte mehr in Deutschland.

## **Bioproduktion am Standort Drentwede?**

Die HaGeprüft aktuell ob eine Biofutter-Erzeugung im Drentweder Werk möglich ist. Die am Standort bestehende Produktion von konventionellem Mischfutter soll nach der Übernahme durch die HaGe nicht fortgesetzt werden.

## **Agrifirm: Neue Definition der Mischfutterstrategie**

Mit diesem Schritt haben wir die Neuausrichtung unserer deutschen Mischfutterstrategie abgeschlossen, so Ronald van de Ven, Hauptgeschäftsführer Nordwesteuropa bei Agrifirm. Nach dieser Neuausrichtung will Agrifirm die aktive Bedienung der Märkte im deutschen Grenzgebiet und der Region Weser-Ems von den niederländischen Werken aus fortsetzen.

## ***Bio-markt.info – 8.8.2017 – Leo Frühschütz:***

### **Insolvenzbetrug: Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Bio-Bäckerei**

Hannover erlebt gerade einen Wirtschaftskrimi. In dessen Mittelpunkt steht die Bio-Bäckerei *Doppelkorn*. [Im März 2017 hatte der bisherige Eigentümer Manfred Dust den Betrieb mit zwölf Filialen verkauft](#). Der neue Besitzer Manuel Pietrusky steuerte die 1984 gegründete Bio-Bäckerei anscheinend gezielt in die Pleite. Deshalb ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft.

Beim Verkauf im April war noch [von drei neuen Filialen](#) die Rede und dass alle Mitarbeiter übernommen und mindestens ein Jahr lang weiterbeschäftigt werden sollten. Doch schon [im Juni berichtete die Hannoversche Allgemeine Zeitung \(HAZ\)](#) von einer Filialschließung und Konflikten zwischen der Belegschaft und dem neuen Chef. Der Text vermittelte den Eindruck, dass da ein smarter Betriebswirt endlich Ordnung in einen bisher eher lässig geführten Alternativbetrieb bringe. „Die Logik der Betriebswirtschaft stieß auf eine Betriebskultur, die solch ein Denken nicht gewohnt war“, schrieb der Autor.

### **Lieferungen nicht bezahlt, Filialen geschlossen**

[Am 26. Juli meldete die HAZ](#), dass Pietrusky die Bäckerei an einen englischen Investor weiterverkauft habe. Auf einer Betriebsversammlung seien die 120 Mitarbeiter informiert worden, dass alle Filialen „demnächst für einige Zeit geschlossen bleiben, neu gestaltet und anschließend unter dem Namen bio-active weiter geführt werden.“ Einen Tag später schrieb die *HAZ*, dass alle Filialen geschlossen wurden.

Der Grund dafür: Pietrusky habe bereits bezahlte Gelder für Lieferungen am 24. Juli wieder zurückgerufen, [berichtete die Neue Presse \(NP\)](#). Daraufhin hätten Lieferanten wie *Bohlsener Mühle*, *Getreide-Anbietergemeinschaft Wendhausen (GAW)* und *Gut*

Rosenkrantz ihre Rohwaren am 25. Juli aus der Produktionsstätte in Laatzen abgeholt, worauf die Bäckerei ihre Produktion einstellte. Insgesamt soll es sich um 150.000 Euro gehandelt haben, [schrieb die HAZ](#) und zitierte den Geschäftsführer Ernst-Friedemann von Münchhausen von Gut Rosenkrantz: „Das sieht nach einem betrügerischen Bankrott aus.“

Die Staatsanwaltschaft ermittelt aufgrund einer Anzeige inzwischen wegen Bankrotts und Insolvenzverschleppung. [Die NP schrieb dazu](#), dass es zwischen 2004 und 2008 acht Betrugsverfahren gegen Manuel Pietrusky gegeben haben soll, die allerdings alle eingestellt worden seien.

### **Amtsgericht lehnt Insolvenzantrag ab**

Juristisch diffizil ist die Frage, wem die *Vollkornbäckerei Doppelkorn GmbH* eigentlich gehört. Verkauft hat Pietrusky sie den Medienberichten zufolge an den früheren österreichischen Bob-Olympiasieger Gerd Haidacher. Dieser hat auch Pietruskys Firma *Black Enterprise Invest GmbH* übernommen. Während er dort auch als neuer Geschäftsführer eingetragen ist, fehlt bei der *Vollkornbäckerei Doppelkorn GmbH* diese Eintragung im Handelsregister. Deshalb hatte das Amtsgericht Hannover einen Insolvenzantrag Haidachers abgelehnt: „Der Antrag kann nicht bearbeitet werden, weil Haidacher nicht antragsberechtigt, kein Geschäftsführer ist“, zitierte NP den Sprecher des Gerichts. Solange kein Insolvenzantrag gestellt ist, erhalten die Mitarbeiter auch kein Insolvenzgeld, sie stehen also derzeit vor dem Nichts.

### **Manfred Dust: "Geld war als Altersvorsorge gedacht"**

Auch für den früheren Eigentümer Manfred Dust sieht es düster aus. Pietrusky sollte Bürgschaften in Höhe von 100.000 Euro übernehmen, hat dies aber nicht getan. Nun kann es passieren, dass die Gläubiger Dust zur Kasse bitten. Dabei hat er nicht einmal den vollen Kaufpreis bekommen. Bisher hatte Pietrusky nur ein Viertel der vereinbarten Summe gezahlt, der Rest sollte in mehreren Raten bis 2020 fließen. „Das Geld war als Altersvorsorge gedacht. Ich dachte, ich hätte einen seriösen Nachfolger gefunden“, sagte Dust gegenüber bio-markt.info. Für ihn stellt sich die Frage, ob Pietrusky alles von Anfang an so geplant habe oder einfach überfordert gewesen sei. „Doch dazu passt nicht, dass er anscheinend die Konten geräumt hat.“ Auch sollen seit Mai keine Krankenkassenbeiträge mehr gezahlt worden sein. „Das alles ist eine Riesenschweinerei und ein Drama für die Mitarbeiter.“

**HAZ – 10.8.2017**

## **Trotz Pleite**

### **Doppelkorn-Mitarbeiter backen drei Tage in Eigenregie**

Der amtierende Doppelkorn-Geschäftsführer Manuel Pietrusky ist untergetaucht, alle Läden sind seit zwei Wochen geschlossen, die Zukunft ist ungewiss. Seit Mittwoch hatte aber zumindest die Filiale in der Limmerstraße vorübergehend wieder geöffnet – in Eigeninitiative der Mitarbeiter.

**Hannover.** Dinkelsaftbrot, Tofubrötchen, Amaranthriegel - Sabine Bußmann-Zimdars hat regelrechte Hamsterkäufe erledigt. „Ich friere das alles ein“, sagt sie und zeigt auf die braunen Tüten mit dem Doppelkorn-Logo. Die Badenstedterin hat eine Lebensmittelallergie. Sie weiß, dass sie die Produkte aus der Bio-Bäckereikette

bestens verträgt. Sie weiß aber auch, dass sie die Backwaren bis auf Weiteres nicht so schnell wieder bekommen wird.

Der amtierende Doppelkorn-Geschäftsführer Manuel Pietrusky ist untergetaucht, [alle Läden sind seit zwei Wochen geschlossen](#), die Zukunft ist ungewiss. Am Donnerstag hatte aber zumindest die Filiale in der Limmerstraße vorübergehend wieder geöffnet - in Eigeninitiative der Mitarbeiter.

Pietrusky hatte Lieferanten nicht bezahlt und ist rund 120 Mitarbeitern den letzten Lohn schuldig geblieben, manche warten seit zwei Monaten auf ihr Geld. Bis Ende Juli wurden die Beschäftigten von der Unternehmensleitung freigestellt, danach herrschte Funkstille.

Die Doppelkorn-Belegschaft am Hauptstandort in der Limmerstraße wollte nicht länger nur ausharren und sich Sorgen machen. „Wir wollen ein öffentliches Zeichen setzen und zeigen, dass es uns noch gibt“, sagt eine der Mitarbeiterinnen, die seit 17 Jahren bei der Öko-Bäckerei angestellt ist. Darum haben sich etwa 20 Kollegen zu einer außergewöhnlichen Aktion entschlossen: Drei Tage soll der Betrieb laufen wie gewohnt. [Am Mittwoch ging es los](#), am Freitag ist es schon wieder vorbei. „Länger können wir das nicht durchhalten.“

Die Belegschaft hat wie früher nachts gebacken und tagsüber die Waren verkauft. Das Mehl kam wie immer von der Getreide-Anbieter-Gemeinschaft Wendhausen. Doch anders als sonst wurde die Rechnung bar bezahlt. Von den Mitarbeitern. Ein gültiges Geschäftskonto gibt es nicht mehr. Der in den drei Tagen verbuchte Gewinn kommt auf ein Sonderkonto.

Die Unterstützung der Kunden ist dem Team sicher. Mehr als 400 haben binnen zwei Tagen schon auf den Listen unterschrieben, die auf dem Tresen ausliegen. So dokumentieren sie, dass es weitergehen soll mit Doppelkorn. Auch durch ihre üppigen Einkäufe und die Münzen oder sogar Scheine, die sie in die Spendendose stecken. „Einen Laden wie Doppelkorn kann man nicht ersetzen“, sagt Jennifer-Laura Prochorow, die seit drei Jahren in Mardorf wohnt, aber weiterhin jede Woche in der Filiale Limmerstraße eingekauft hat. „Was hier hinter den Kulissen abläuft, ist eine Schweinerei“, findet Bernd Kister, seit mehr als 20 Jahren Doppelkorn-Kunde.

Wie es nach der Aktion weitergeht, ist offen. „Wir haben alle noch unsere gültigen Arbeitsverträge“, betont die langjährige Angestellte. Bisher wurde keinem gekündigt. Dennoch richten sich alle auf die Insolvenz ein. Allerdings lag auch am Donnerstag noch kein Insolvenzantrag vor. Weder Pietrusky noch sein designierter Nachfolger Gerd Haidacher haben den nötigen Schritt beim Amtsgericht eingeleitet. Die Belegschaft wartet nun darauf, dass Sozial- und Krankenkassen ihre Forderungen mithilfe eines Insolvenzantrages geltend machen. Oder das Finanzamt. Auch an die Zeit danach denken sie schon: Vielleicht steige ein neuer Geldgeber ein, vielleicht könnte man als Kollektiv weitermachen. „Manche Kunden haben schon in Aussicht gestellt, sich finanziell an einem Neustart zu beteiligen.“

**Unser Kommentar: „Doppelkorn“ war früher ein guter und verlässlicher Abnehmer von Biogetreide aus der Region – hoffentlich gibt es einen Weg zurück!**

## Untersuchungen zu Rückständen von Neonikotinoiden nach Rüben laufen noch

**TOP AGRAR ONLINE - 08.08.2017 - Agra Europe**

Das Institut für Zuckerrübenforschung (IfZ) hat Forderungen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche [Landwirtschaft \(AbL\)](#) nach einer raschen Veröffentlichung der Ergebnisse einer Untersuchung über den Verbleib und die Folgewirkungen von Neonikotinoiden in Zuckerrüben-Folgekulturen indirekt zurückgewiesen.

Wie Dr. Nicol Stockfisch am vergangenen Freitag gegenüber AGRA-EUROPE feststellte, laufen die Untersuchungen noch. .... Über das IfZ organisiert würden dazu auf 50 Praxisflächen, auf denen 2016 angebaut worden seien, zu zwei Zeitpunkten - Mitte April und zur Kornfüllungsphase im Getreide beziehungsweise zur Blüte des Mais - Bodenproben gezogen. Untersucht würden die im [Zuckerrübenanbau](#) am Saatgut angewendeten neonikotinoiden Wirkstoffe Thiamethoxam und [Clothianidin](#).

Derzeit stehe die zweite Bodenprobenahme kurz vor dem Abschluss, ... Die Publikation von belastbaren Ergebnissen sei für das IfZ als wissenschaftliche Forschungseinrichtung an der Universität Göttingen ein wesentlicher Bestandteil der Arbeit, betonte Stockfisch, die sich damit gegen den Vorwurf der [AbL](#) verwahrte, dass möglicherweise ein großer Pflanzenschutzmittelkonzern Einfluss auf den Umfang der untersuchten Präparate und die Untersuchung genommen habe.

... Stockfisch widersprach zudem der Aussage der Arbeitsgemeinschaft, dass die Untersuchung vom [Bundeslandwirtschaftsministerium](#) finanziell gefördert werde.

Das interessiert Sie bestimmt auch:

### **AbL fordert Informationen über Studie zu Langzeit-Vorkommen von Neonicotinoiden in Böden**

#### **Leserkommentare**

1. von **Eckehard Niemann** · 09.08.2017 - 20:25 Uhr **1.**  
**Leider weiterhin mehr offene Fragen als Antworten...**

Die AbL hat mitnichten behauptet, dass das Projekt vom Bundesagrarministerium gefördert würde. Aber in der Tat ist es nach unseren neueren Recherchen so, dass das Bundesagrarministerium hier nicht beteiligt ist (schade eigentlich). Die AbL hat auch nicht behauptet, sondern nur hinterfragt, ob möglicherweise ein großer Pflanzenschutzmittelkonzern Einfluss auf den Umfang der untersuchten Präparate und die Untersuchung genommen habe. Leider weicht das IfZ der Frage aus, ob denn ein großer Pflanzenschutzmittelkonzern (und welcher) die Studie finanziert. Nach unseren Informationen ist dies definitiv der Fall. Immerhin gut, dass nun die Existenz dieser Studie öffentlich bestätigt wird. Sollen die Ergebnisse unveröffentlicht in der Hand des Pflanzenschutzmittelkonzerns verbleiben? Warum werden nur die Neonic-Wirkstoffe bzw. -präparate dieses Herstellers untersucht? Gibt es analoge Studien zu anderen Neonic-Wirkstoffen? Wenn nein, warum nicht? Rübenbauern hätten ein Interesse daran, ggf. aus der

ganzen Palette der Mittel diejenigen mit den geringsten Nebenwirkungen auszuwählen.

Topagrar.com - Lesen Sie mehr auf: <https://www.topagrar.com/news/Acker-Agrarwetter-Ackernews-Untersuchungen-zu-Rueckstaenden-von-Neonikotinoiden-nach-Rueben-laufen-noch-8432601.html>

**NDR - 09.08.2017 :**

## **Junger Ochse gerissen: Waren es Wölfe?**

In der Gemeinde Grebs-Niendorf (Landkreis Ludwigslust-Parchim) haben offenbar Wölfe eine Rinderherde angefallen. Ein junger, 200 Kilogramm schwerer Ochse sei dabei zur Hälfte aufgefressen worden, wie der Geschäftsführer der Niendorfer Landerzeugergesellschaft Hans-Werner Mau auf Anfrage von NDR 1 Radio MV bestätigte. Demnach habe der Weidewirt bei der morgendlichen Kontrolle der Rinderherden in der Gemarkung Woosmer bemerkt, wie sich zwei Wölfe von der Herde entfernten.

Videos



02:36

### **[Wie gelingt ein Leben mit dem Wolf?](#)**

22.06.2017 19:30 Uhr  
Nordmagazin

Weidetierhalter fordern mehr Schutz vor dem Wolf. Die Politik hat neue Maßnahmen zur Sicherheit vor den Tieren angekündigt, aber auch zum Schutz des Wolfes als bedrohtes Tier. [Video \(02:36 min\)](#)

### **Zwei Rudel leben ganz in der Nähe**

Der Weidezaun sei nicht beschädigt gewesen. Ein Rissgutachter wurde angefordert, der nach Angaben des Landwirtschaftsministerium eine Reihe von Hinweisen fand,

die auf einen oder mehrere Wölfe als Verursacher verweisen. Um abschließend Gewissheit über die mögliche Wolfs-Attacke zu bekommen, ist laut der Wolfsbeauftragten des Landes, Kristin Zscheile, ein genetischer Befund erforderlich. In der unmittelbaren Nachbarschaft des landwirtschaftlichen Betriebes sind zwei Wolfsrudel heimisch. Erst am Dienstag waren in der nahe gelegenen Lübtheener Heide vier Welpen gemeldet worden, die in eine Fotofalle getappt waren und offenbar in diesem Jahr zur Welt gekommen sind.

## **Das Wolfs-Comeback in Mecklenburg-Vorpommern**

### **Forderungen nach Regulierung des Wolfsbestandes**

Bereits im Herbst war in dem Niendorfer Landwirtschaftsbetrieb ein weibliches Jungrind von Wölfen gerissen worden. Der Geschäftsführer sowie der Bauernverband fordern eine Regulierung des Wolfsbestandes. Der Förderverein der Deutschen Schafhaltung hat für den 15. September europaweit zu Mahn- und Solidarfeuern aufgerufen.

### **Seit 2000 Wölfe zurück in Deutschland**

In Mecklenburg-Vorpommern hatten sich die ersten Wölfe vor rund elf Jahren angesiedelt. Zu Beginn waren es einzelne Tiere, im Sommer 2014 konnte dann in der Lübtheener Heide und der Ueckermünder Heide der erste Wolfswachstum nachgewiesen werden - mithilfe von Fotofallen.

*NDR - 10.08.2017*

### **Nach Ochsen-Riss: Rinderherde erneut attackiert**



Bei der ersten Attacke war ein acht Monate alter Ochse gerissen worden.

Einen Tag nach einer Attacke auf weidende Rinder - vermutlich durch Wölfe - in der Gemeinde Grebs-Niendorf (Landkreis Ludwigslust-Parchim) sind weitere Angriffe bekannt geworden - auf dieselbe Rinderherde sowie auf eine Schafherde in Prerow auf dem Darß. Dort wurden bereits am 1. August zwei Schafe gerissen und zwei weitere verletzt, von denen eines später starb, teilte das Landwirtschaftsministerium in Schwerin am Donnerstag mit. Der Gutachter schließt einen Riss durch einen Wolf

nicht aus. Gewissheit würden aber erst die Ergebnisse der Genetikproben in etwa drei Wochen bringen.

### "Das müssen sechs Wölfe gewesen sein"

"Wir haben heute Morgen wohl die nächste Wolfsattacke gehabt", sagte derweil der Geschäftsführer der Niendorfer Landerzeuger GmbH, Hans-Werner Mau. Erst am Mittwoch war ein acht Monate alter, rund 400 Kilogramm schwerer Ochse regelrecht ausgefressen worden. "Das müssen sechs Wölfe gewesen sein", sagte Mau. "Die Raubtiere müssen endlich lernen, sich von Rindern fernzuhalten." Zwei Wolfsrudel leben in der Nähe des landwirtschaftlichen Betriebs. Ein Rissgutachter fand mehrere Hinweise dafür, dass Wölfe die Herde angegriffen hatten. Das genetische Gutachten steht aber auch in diesem Fall noch aus.

### Verstörte Rinderherden trampeln Zäune nieder

Möglicherweise hat das Tier den Wölfen so gut geschmeckt, dass die Raubtiere in der Nacht zum Donnerstag erneut zuschlagen wollten. Diesmal sind sie jedoch nicht zum Zuge gekommen. Allerdings berichtete der bewirtschaftende Landwirt, dass die beiden Herden, die etwa 500 Meter voneinander entfernt geweidet haben, völlig verstört gewesen seien. Die Mastrinder hätten die doppelten Weidezäune heruntergerissen, sich verängstigt zusammengedrängt und wären beinahe auf eine Straße gelaufen, so der Landwirt, für den es durch den Vorfall in der arbeitsreichen Erntezeit so noch mehr zu tun gab.

### Landwirt besorgt

Etwa 170 Ochsen und Färsen mussten auf der Koppel voneinander getrennt werden. Dazu musste jedes Tier einzeln eingefangen werden. Hierzu waren spezielle Gitter nötig, die erst auf die Weide gebracht werden mussten. Zusätzliche Sorge bereitet Landwirt Mau die Gefahr, dass die Tiere bei einer erneuten Attacke panisch auf die Straße laufen und einen Unfall verursachen könnten. Wer haftet dann für die Schäden, fragt sich Mau.

### Ministerium prüft Schutzmaßnahmen für Rinderherden

Rinderhalter müssen - im Gegensatz etwa zu Schafhaltern – zum Schutz vor Wölfen keine höheren Zäune bauen und spezielle Herdenschutzhunde halten. Denn es heißt, dass Rinder wehrhaft genug sind. Nun allerdings prüft das Landwirtschaftsministerium, ob auch für Rinderherden ein zusätzlicher Schutz nötig ist. Landwirt Mau meint, die Raubtiere müssten lernen, sich von Rindern fernzuhalten. Das müsse zur Not auch mit Schüssen sein. "Niemand will Wölfe ausrotten, aber unsere Rinder haben auch ohne die Vorfälle genug Stress durch das feuchte Wetter und Mücken", erklärte Mau. Bereits im Herbst war in dem Niendorfer Landwirtschaftsbetrieb ein weibliches Jungrind von Wölfen gerissen worden.

Rechtlich gibt es die Möglichkeit, für verhaltensauffällige "Problem-Tiere" Ausnahmegenehmigungen zum Abschuss zu erteilen. Der Bauernverband drängt auf eine schnelle politische Lösung, den Wolfsbestand zu regulieren und die Förderrichtlinie Wolf zu überarbeiten. "Es ist nun der zweite Übergriff auf eine Rinderherde in dieser Region. Das ansässige Wolfsrudel scheint gelernt zu haben, dass auch unsere großen Nutztiere eine leichte Beute sind", sagte der Vizepräsident des Landesbauernverbandes, Manfred Leberecht. Der Förderverein der Deutschen

Schafhaltung hat derweil für den 15. September europaweit zu Mahn- und Solidarfeuern aufgerufen.

### Seit 2000 Wölfe zurück in Deutschland

In Mecklenburg-Vorpommern hatten sich die ersten Wölfe vor rund elf Jahren angesiedelt. Zu Beginn waren es einzelne Tiere, im Sommer 2014 konnte dann in der Lübtheener Heide und der Ueckermünder Heide der erste Wolfsnachwuchs nachgewiesen werden - mithilfe von Fotofallen. Laut dem Schweriner Agrarministerium leben derzeit mindestens drei Wolfsrudel und mehrere Wolfspaare im Nordosten.

## Veganes Eis bei Aldi Nord

je besser pflanzliche Produkte verfügbar sind, desto einfacher fällt es den meisten Menschen, eine vegane Ernährung auszuprobieren. Aus diesem Grund geben wir Lebensmittelunternehmen immer wieder Anregungen zum Ausbau ihrer veganen Sortimente.

Aktuell testet Aldi Nord auf unseren Vorschlag hin vegane Eissorten – und zwar in Ihrer Region. Wenn Sie mögen, probieren Sie doch das leckere Sojais in den Sorten Schokolade oder Vanille oder das Lupineneis in den Sorten »Keks + Kakao«, »Keks + Karamell« bzw. Schokolade.

Wenn Ihnen das Eis schmeckt (oder auch nicht), können Sie Aldi [hier](#) Feedback geben.

Lassen Sie es sich schmecken!

Herzliche Grüße, Ihr

Mahi Klosterhalfen | Geschäftsführer

Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt

### **ZDF-Auslandsjournal – 9.8.2017:**

#### **In die Wüste geschickt**

#### **Deutsche Kühe für Katar**

Um die eigene Milchversorgung zu garantieren, fliegt Katar tausende deutsche Holstein-Rinder ein. Die Blockade der Nachbarstaaten trifft das Land, doch das Emirat demonstriert Stärke.

Der außergewöhnliche Kunde: Der Wüstenstaat Katar. Seit neun Wochen ist das Land isoliert. Alle Handelsbeziehungen mit den benachbarten Golfstaaten Saudi-Arabien, Bahrain, den Vereinigten Arabischen Emiraten, sowie Ägypten sind gekappt. Doch Katar weiß sich zu helfen: Die größte Kuh-Luftbrücke der Welt soll

den Grundstein zur Unabhängigkeit in der Milchproduktion legen. Vor vier Wochen sind die ersten Kühe per Flugzeug in dem Wüstenstaat gelandet. Es sollen tausende folgen. Denn: Die Nachfrage ist groß.

### **Vollklimatisierte Luxus-Ställe**

Vor der Krise gab es in Katar wenig Interesse an der Landwirtschaft. Importiert wurde vor allem aus dem benachbarten Saudi-Arabien. Durch die Blockade dann die Kehrtwende: Großzügig wird in den Aufbau von Betrieben investiert, um unabhängig Milch produzieren zu können. Innerhalb weniger Wochen stehen die ersten vollklimatisierten Hightech-Ställe. Sie gehören zu den modernsten der Welt, meint Ramis Al Chajat, Inhaber der katarischen Farm. Die Klimaanlage sorgt für 25 Grad, Ventilatoren verströmen eine leichte Brise in den Hallen. „Den Tieren wird es bei uns besser gehen als in Europa“, so seine Analyse.

Das Emirat hat großes vor: 25.000 Rinder sollen in den nächsten zehn Monaten eingeflogen werden. Dafür sollen in den kommenden Wochen 30 dieser Luxus-Ställe entstehen. Jeder fasst 800 Tiere. Erklärtes Ziel: Autonomie. „Die Blockade ist für mich als Geschäftsmann, aber auch für Katar als Land ein großer Vorteil und eine Chance auf Selbstständigkeit, die man sich auf keinen Fall entgehen lassen sollte. Es wird unser Land stärken“, meint Ramis Al Chajat euphorisch.

<https://www.zdf.de/politik/auslandsjournal/in-die-wueste-geschickt-deutsche-kuehe-fuer-katar-100.html>

### ***Kritischer Agrarbericht 2015:***

### **Milchvieh-Agrarfabriken-Gigantomanie**

#### **Milchviehhaltung gehört auf Bauernhöfe und nicht in Agrarfabriken und Konzerne**

So wie in Deutschland wird weltweit in fast allen Ländern die allermeiste Milch noch in bäuerlichen Betrieben erzeugt. So wie hierzulande nimmt gibt es aber auch dort agrarindustrielle Entwicklungen mit dem Bau von Mega-Milchviehfarmen, die sich oft in der Hand von Molkereien oder anderen Konzernen befinden. Nachfolgend die gigantischsten Auswüchse dieser Investitionen in Agrarfabriken.

#### **Eine-Million-Kühe-Konzern?**

Das weltweit größte Agrarunternehmen mit 32 Betriebsstätten und jeweils 22.000 Milchkühen will der Mitbegründer und ehemalige Direktor der niederländischen Hotel-Buchungs-Website Booking.com in Brasilien aufbauen. Wie der holländische Internetdienst Boerderij unter Berufung auf die Website Emerce berichtet, hatte der 48jährige Koolen seine Firma Booking.com im Jahre 2005 an die Firma Priceline verkauft und war danach vor allem als Investor und Berater tätig gewesen, mit besonderem Interesse für die Internetbranche. Nun strebe der Bauernsohn aus dem niederländischen Brabant mit seinem Vermögen von über 100 Million Euro binnen zehn Jahren ein Wachstum auf eine Million Kühe an. Koolen wolle sich mit seinen brasilianischen Megaställen „an der Aufgabe der Welternährung“ beteiligen, worunter man wohl realistischerweise seine Exportambitionen verstehen sollte. Es gebe laut Koolen bereits jetzt einen Mangel an Milchpulver. Immer mehr Menschen zögen in die Städte, die immer abhängiger von einer abnehmenden Zahl von Landwirten würden, die ihrerseits in Richtung Technologie, Innovation und Betriebsvergrößerung gehen müssten. Für seine, Koolens, Pläne gebe es bereits die nötige Technologie, die aus den USA stamme.

Für sein Milchviehprojekt gebe es Interesse in Brasilien und auch in China.

Bereits im Jahre 2008 berichteten Medien, dass der Milchkonzern Danone den Aufbau von Megaställen mit Hilfe von Finanzinvestoren prüfe, wobei eine algerische Farm mit 32.000 Kühen als Musterprojekt galt, ggf. auch für Südafrika. Als Vorbild diente die weltgrößte Milchviehfarm in Al Safi/Saudi-Arabien mit ebenfalls 32.000 Kühen. Der israelische Hersteller AFIMILK berichtet über den Bau von 12 Farmen mit insgesamt 23.000 Kühen in Vietnam.

### **USA, Russland, Tschechien, China, Neuseeland, Australien**

Als größte Milchviehfarm der USA gilt das Unternehmen Fair OakFarms in Indiana mit 32.000 Kühen, gefolgt von Threemile Canyon Farms in Boardman/Oregon mit 24.000 Kühen. Im Jahre 2008 gab es in den USA 3.400 Betriebe mit mehr als 500 Kühen, das waren etwa 6% aller US-Herden, in denen durchschnittlich 163 Kühe gehalten wurden (Präsentation „Milchproduktion in den USA“, S. Möcklinghoff-Wicke, Innovationsteam Milch Hessen/HBV, 2009).

Als größten Milchproduzenten Russlands bezeichnet sich die deutsche Holdinggesellschaft Ekosem-Agrar GmbH des deutschen Investors Stefan Dürr mit 19.000 Milchkühen (an mehreren Standorten) und 120 Mio. Litern Jahresproduktion - bis zum Jahre 2015 soll der Bestand auf 30.000 Kühe aufgestockt werden. Das Rohstoffhandelsunternehmen Olam aus Singapur will gemeinsam mit dem russischen Agrar-Großproduzenten Rusmolco dessen Bestand von bislang 3.600 auf 20.000 Kühe in 4 Farmen erhöhen. In der Ukraine haben Großunternehmen (meist Holdings) Betriebsgrößen bis zu 7.000 Kühen. In Tschechien und in der Slowakei betreibt der Düngemittel-, Chemie- und Agrarhandelskonzern Agrofert auch Landwirtschaft auf 110.000 Hektar, mit einer jährlichen Erzeugung von 35 Millionen Stück Geflügel, 440.000 Schweinen und mit 28.000 Rindern, davon 11.000 Kühen (Internetseite Agrofert).

Der schweizerische landwirtschaftlichem Informationsdienst lid teilt derzeit unter Berufung auf ABC Rural mit, dass der neuseeländische Molkereikonzern Fonterra in China bereits eine Mega-Farm mit 15.000 Milchkühen eröffnet habe, die aus fünf Teilbetrieben mit jeweils 3.000 bis 3.500 Kühe bestehe und jährlich 150 Millionen Liter Milch produzieren wolle. Eine weitere Megafarm ist für 2015 geplant, außerdem ein systematischer Ausbau weiterer Farmen. Auch andere ausländische Milchkonzerne bauen in China ihre Farmen aus. Der Gründer von Chinas größter Molkerei (China Modern Dairy) kommt demnächst auf 19 industrielle Milchfarmen mit typischerweise jeweils etwa 10.000 Kühen. Laut BauernZeitung (Ausgabe 21/2014) gibt es in der Milchvieh-Region „Innere Mongolei“ mittlerweile einige Farmen mit mehreren Tausend Kühen, darunter die HelinDairy Farm mit 5.000 Kühen

Der größte Milchviehbetrieb Neuseelands in Familienbesitz, die Crafar Farm mit 20.000 Kühen an 22 Standorten, musste 2009 Konkurs anmelden. Der chinesischen Investorengruppe Pengxin wurde von der neuseeländischen Regierung der Kauf von 16 Milchfarmen im Lande gestattet. Die neuseeländische Firma Dairy Holdings berichtet über ihre Tochterunternehmen, in deren Rahmen 2013/14 56 Milchvieh-Einheiten mit 43.144 Kühen betrieben werden. Das Unternehmen „FarmRight“ berichtet auf seiner Internetseite über die von ihm gemanagten 42 Farmen mit 32.747 Kühen. Auch die Firmen AGinvest und MyFarm bieten sich Investoren an, letztere berichtet über ihre 47 Milchfarmen mit 37.000 Kühen. Die deutsche Fondsgesellschaft AquilaAgrarInvest III Investitions GmbH kündigt die Beteiligung an neuseeländischen und australischen Milchfarmen bzw. deren Übernahme an.

Interessant die folgende Passage in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung (17.11.2014) über ein chinesisch-australisches Freihandelsabkommen: „Einfuhrzölle auf Milchprodukte, Rindfleisch und Wein sollen in den kommenden Jahren gänzlich abgebaut werden. Kritiker sagen, dass ein großer Teil australischer Milchfarmen ohnehin in chinesischer Hand seien und deshalb kein Australier daran verdienen würde.“

## **Deutschland, Niederlande**

In Deutschland gab es zu DDR-Zeiten etwa 50 „industriemäßig arbeitende“ Agrarfabriken mit insgesamt 100.000 Kühen - die wurden aber nach der deutschen Einheit aus ökonomischen Gründen eingestellt bzw. massiv verkleinert. Heute gehören die folgenden Milchvieh-Unternehmen bzw. Milchviehanlagen (geschätzte Angaben, 2011) zu den größten in Deutschland:

1. Bartholomäus Straathof, mit 3.000 Kühe in Kaarßen bei Hagenow;
2. Agrargesellschaft Uckermark AG, Dedelow bei Prenzlau, mit 2.500 Kühen;
3. Milchviehanlage Kröpelin (Mecklenburg-Vorpommern), vom Lohnunternehmer Stotz verkauft an die AgroEnergy AG, 2.200 Kühe;
4. Rhinmilch-Verbund, Fehrbellin, 1830 Kühe;
5. Erzeugergenossenschaft Neumark (Thüringen), 1.800 Kühe;
6. CAG Ceres Agrargesellschaft, Mallentin der Familie Koopman mit insgesamt 4.500 Kühen an 4 Standorten;
7. Stadtgüter Berlin Süd Vrieling KG, Jühnsdorf, mit 3100 Kühe an 3 Standorten;
8. Budissa-Gruppe, Niederkaina, mit 2.900 Kühe an 3 Standorten;
9. Vereinigte Agrarbetriebe Seydaland GmbH & Co.KG, 4 Betriebe mit insgesamt 2.360 Kühen an 4 Standorten;

Der größte Milchviehbetrieb der Niederlande, die van-Bakel-Gruppe in Vredepeel, hält 2.000 Kühe. Holländischen Ursprung ist auch die „Koepon Holding“ des Unternehmers Wijnand Pon, zu der neben Alta Genetics auch 5 Farmen mit 3.200 Kühen in den Niederlanden, Schottland, Polen sowie 2 in Mecklenburg-Vorpommern gehören.

## **Widerstand**

In Großbritannien wurde 2012 der Bau der landesweit größten Milchviehfarm mit 8.100 Kühen von Initiativen verhindert. Jüngst stoppten bäuerliche Aktivisten der Confédération paysanne einen geplanten 1.000er Milchviehstall in Frankreich. Auch in Deutschland verhinderten Initiativen von Bauern und Bürgern bereits etliche geplante Ställe mit mehreren tausend Kühen, darunter die Erweiterung auf eine 3.200er-Anlage in Barver (Kreis Diepholz) – u.a wegen der Auswirkungen auf die Pachtpreise, wegen der Verdrängung anderer Betriebe und weil z.B. Weidegang oberhalb bestimmter Betriebsgrößen nicht möglich ist.

*Eckehard Niemann*

<http://www.kritischer-agrarbericht.de/2015.346.0.html>

## **Pressemitteilung**

### **AbL-Aufruf an Samtgemeinde Hoya: Bauernhöfe sichern – Agrarfabrik verhindern!**

**AbL fordert Samtgemeinde-Rat Hoya auf, sein Recht zur Verhinderung der gewerblichen Riesen-Milchvieh-Anlage Derboven rasch und klar wahrzunehmen**

## **AbL stützt mit Landwirtschaftskammer-Daten die Berechnungen und die ablehnende Positionierung des Landvolk-Landesbauernverbands**

Der Landesverband Niedersachsen/Bremen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) hat den Rat der Samtgemeinde Hoya erneut darauf aufmerksam gemacht, dass er – sogar ohne Begründung – die Erstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans verweigern und so ganz einfach die beantragte agrarindustrielle Milchviehanlage für 2.000 Milchkühe und 1.000 Jungviehplätze verhindern könne. Dieses Recht gebe das Baugesetzbuch den Kommunen ganz bewusst gegenüber allen Anträgen auf gewerbliche Stallanlagen (also Stallanlagen mit zu wenig nachhaltig gesicherter Futterfläche) mit mehr als 600 Rindern (also 300 Milchkühen plus Nachzucht).

Der Antragsteller Derboven halte jetzt bereits 500 Kühe plus Nachzucht und liege damit jetzt schon über der Grenze, die der Bundestag 2013 bei Verabschiedung des Baugesetzbuchs aus immissionsrechtlichen und strukturpolitischen Gründen für gesellschaftlich fragwürdige und besonders umweltrechtlich zu überprüfende Stallanlagen gesetzt habe. Die jetzt beantragten 2.000 plus 1.000 Stallplätze lägen noch weit über diesen gesellschaftlich gesetzten Grenzen, bezogen auf die 360 Hektar Betriebsfläche auch ganz klar im gewerblichen Bereich und somit in den Dimensionen, die dem Gemeinderat das Recht zur endgültigen Ablehnung gäben.

Der Kreisverband Mittelweser des „Landvolk“-Landesbauernverbands habe denn auch folgerichtig die in Rede stehende Änderung des Flächennutzungsplans von Hoya abgelehnt, weil der Betrieb Derboven sich die für diese Anlage erforderlichen Futter- und Gülle-Ausbringungsflächen vermutlich auf Kosten vieler bäuerlicher Betriebe und mit der Folge weiter steigender Boden- und Pachtpreise besorgen werde. Auf Kosten von 20 bis 40 bäuerlichen Existenzen wolle Derboven seine Stallanlagen auf 3.000 Plätze erweitern. Als im Kreis Diepholz eine ähnliche Milchvieh-Agrarfabrik erfolgreich verhindert worden sei, habe der damalige CDU-Landwirtschaftsminister Lindemann einem Bürger aus Barver geschrieben: „Ich habe durchaus Verständnis für Ihre Haltung. Betriebe dieser Größenordnung entsprechen auch nicht meinem agrarpolitischen Leitbild. Sie haben für mich eher einen großgewerblichen Charakter, den ich nicht für förderungswürdig halte.“

In einem Offenen Brief habe die AbL die absolut notwendige Ablehnung des Vorhabens des Landvolks unterstützt und auch die vom Landvolk argumentativ vorgebrachten Zahlen als richtig bewertet. So heiße es richtig im Landvolk-Schreiben: „Derbovens bewirtschaften zurzeit 346 ha mit 500 Kühen und weiblicher Nachzucht und gehören damit nach eigener Aussage zu den 53 größten Melkbetrieben in Deutschland. Der Änderungsantrag soll die Möglichkeit eröffnen, in Zukunft bis zu 2.000 Kühe und weitere 1.000 Jungrinder zu halten und die Biogasanlage weiter zu betreiben. Diese Größenordnungen laufen den Kernanliegen des Vorstandes (eine breitgestreute und vielfältige Nutzung der knappen landwirtschaftlichen Nutzflächen in unserer Region und die Ablehnung der starken Konzentration auf wenige Betriebe) zuwider und werden daher abgelehnt.“ In dem Schreiben des Landvolk-Kreisvorstands werde zudem richtig hervorgehoben, dass für diese Pläne der Familie Derboven etwa 1.570 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN) erforderlich wären – bei Einrechnung der für die Biogasanlage erforderlichen Flächen sogar 2.500 Hektar für die Ausbringung der Gärsubstrats. Dies, so das Schreiben, entspräche dem 46-fachen des durchschnittlichen landwirtschaftlichen

Betriebes in Nienburg in 2016 und würde im Umkreis „den Flächendruck auf die benachbarten landwirtschaftlichen Betriebe extrem erhöhen.“ Richtig wird auch festgestellt: „Diese Effekte (auf den Bodenmarkt) würden weiterhin deutlich verschärft und das Überleben der bestehenden anderen landwirtschaftlichen Betriebe – gleich welcher Produktionsrichtung – in den umliegenden Dörfern deutlich erschweren.“

Als Reaktion darauf wurden die vom Landvolk genannten Zahlen offenbar von einigen Ratsmitgliedern im Bauausschuss des Samtgemeinderats angezweifelt. Auch habe die Familie Derboven „korrigierend zu Teilen der Landvolkzahlen Stellung genommen“.

AbL-Agrarindustrie-Experte Eckehard Niemann verwies deshalb zur Bekräftigung und Untermauerung der „voll zutreffenden Landvolk-Zahlen“ auf die speziell zu diesem Thema veröffentlichte Berechnung der Futterflächen- und Gülleausbringungsflächen-Zahlen der Landwirtschaftskammer Niedersachsen (Landwirtschaftskammer Niedersachsen, Manfred Möhlmann, Künftige Herausforderungen im Baurecht und Immissionsschutz, 2013). Die darin aufgeführten Daten zur „Berechnung der überwiegenden Futtergrundlagen gemäß § 201 BauGB“ führten – auch bei Einrechnung von Futtergewinnung auf Ackerflächen – ziemlich genau zum gleichen Ergebnis wie die Landvolk-Berechnungen. Das Fazit der Landwirtschaftskammer-Präsentation: „Pro Kuh incl. Nachzucht sind überschlägig ca. 0,5 Hektar langfristig gebundene Flächen nachzuweisen. Für die ordnungsgemäße Verwertung der Wirtschaftsdünger ist ca. 1 Hektar je Kuh und Nachzucht anzusetzen.“

Die AbL ruft deshalb die Mitglieder und Fraktionen des Samtgemeinderats Hoya auf, ihrer Verantwortung nun rasch und klar gerecht zu werden: für den Schutz ihrer Bürger vor Stickstoff- und Keim-Immissionen aus dieser Tierzahlen-Konzentration an einem Standort und für die Sicherung einer vielfältigen bäuerlichen Landwirtschaft auf Grundlage vieler mittelständischer und gut strukturierter Bauernhöfe - anstelle agrarindustrieller Tierhaltungs-Strukturen. Die Milchviehbetriebe bräuchten gerade angesichts anhaltend ruinöser Erzeugerpreise (infolge der anhaltenden Überschussproduktion) eine politisch abgesicherte Milchmengenreduzierung anstelle einer verantwortungslosen Expansion von agrarindustriellen „Amok-Melkern“.

6.090 Zeichen – 10.05.2017

---

*Die AbL Niedersachsen/Bremen e.V. übernimmt weder eine Freistellung von Rechten Dritter noch eine Gewähr für die Aktualität, Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der bereitgestellten Informationen. Haftungsansprüche gegen die AbL Niedersachsen/Bremen e.V., die sich auf Schäden materieller Art beziehen, sind grundsätzlich ausgeschlossen.*

*Aus rechtlichen Gründen folgende Information: Durch Auswahl eines Links verlassen Sie unseren Newsletter / unsere Website und gelangen auf die Internet-/ Website eines anderen Anbieters. Diese Seiten sind nicht Bestandteil unseres Newsletters / unserer Website. Für die Inhalte dieser Seiten sind wir nicht verantwortlich. Insbesondere auch nicht für mögliche dortige Markenschutzverletzungen. Als einen Link definieren wir hierbei grundsätzlich ALLE Hyperlinks dieser Site, bei denen sich ein NEUES Browser-Fenster öffnet!*

Abbestellungen des Newsletter über: [eckehard.niemann@freenet.de](mailto:eckehard.niemann@freenet.de)